

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Die deutschen Bischöfe zum Entwurf des Bundesrundfunkgesetzes

Bei einer Zusammenkunft am 9. Dezember 1959 in Beuel behandelten die westdeutschen Bischöfe u. a. die Gefahren des unter der Federführung von

Bundesinnenminister Gerhard Schröder zustande gekommenen und von der Bundesregierung den gesetzgebenden Körperschaften zugeleiteten Entwurfes eines Rundfunkgesetzes. Folgende Verlautbarung wendet sich vor allem gegen das geplante kommerzielle Fernsehen:

„Bereits im Jahre 1955 hat die Fuldaer Bischofskonferenz die grundsätzlichen Forderungen der Kirche bei einer Neuordnung des Rundfunk- und Fernsehwesens herausgestellt. Damals war ein Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern über die Ordnung des Rundfunkwesens in Vorbereitung (Allgemeiner Rundfunkvertrag und dessen Zusatzverträge: Kurzwellenvertrag, Langwellenvertrag, Fernsehvertrag); ein kommerzielles Werbefernsehen stand noch nicht zur Debatte. Inzwischen liegt nun dem Bundestag der ‚Entwurf eines Gesetzes über den Rundfunk‘ vor. Die dadurch erneut aufgekommenen Auseinandersetzungen zwischen Bund und Ländern geben uns Veranlassung zu der folgenden Stellungnahme, mit der wir zugleich verhindern möchten, daß die kirchliche Autorität in unzutreffender Weise in Anspruch genommen wird. Die Frage, ob die Rundfunkgesetzgebungskompetenz und das Recht zur Veranstaltung von Rundfunksendungen beim Bund oder bei den Ländern oder bei beiden liegen, ist Sache der juristischen Fachdiskussion. Wir würden es begrüßen, wenn Bund und Länder sich in einer so bedeutenden Frage einigen könnten.

I

Wir stellen mit Befriedigung fest, daß in dem Entwurf jene Forderungen der Kirche vom Jahre 1955 zum großen Teil berücksichtigt sind. Wir bitten erneut, daß sie auch in die Gesetze bzw. Staatsverträge über jene Rundfunkanstalten aufgenommen werden, wo sie noch fehlen.

In den § 5 des genannten Entwurfs sollten aber die Bestimmungen des § 46 vollinhaltlich eingefügt werden. In den Bestimmungen des § 46, Absatz 1, Satz 1 sollten außer der Übertragung gottesdienstlicher Handlungen und Feierlichkeiten auch religiöse Sendungen gewährleistet werden.

II

Zu einer ausführlichen Stellungnahme veranlaßt § 22 des Gesetzentwurfes. Die päpstliche Enzyklika *Miranda prorsus* vom 8. 9. 1957 stellt fest: „Der kirchlichen Lehre und dem hohen Zweck der genannten publizistischen Mittel widerspricht die Einstellung aller, die diese Erfindung lediglich in den Dienst der Politik und ihrer Propaganda oder des wirtschaftlichen Fortschritts stellen wollen.“ Rundfunk und Fernsehen dürfen demnach weder dem Staat (Bund und Länder) noch Wirtschafts- oder Interessengruppen allein überlassen werden. In Übereinstimmung mit dieser Enzyklika hat die von uns eingerichtete Hauptarbeitsstelle *Katholische Rundfunk- und Fernseharbeit in Deutschland* sich des öfteren eindeutig gegen die Einführung eines rein kommerziellen Fernsehsystems ausgesprochen.

Für ein rein kommerzielles Fernsehsystem halten wir auch

das im Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgesehene ‚Deutschland-Fernsehen‘, wenn das Programm von einer oder mehreren privaten Gesellschaften produziert und im wesentlichen durch Werbung finanziert wird.

In Anbetracht der besonderen technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen des Fernsehwesens bringt die Übertragung von Senderechten an Gesellschaften privaten Rechts die Gefahr einer sozial und kulturell nicht zu rechtfertigenden Bevorzugung bestimmter finanzstarker Gruppen unseres Volkes mit sich. Wir beobachten heute in der wirtschaftlichen Werbung eine immer stärker werdende Hemmungslosigkeit. Die Produktion richtet sich vielfach nicht nach dem vom Menschen her bestimmten Bedarf, sondern ruft im Interesse einer nicht vertretbaren Vorstellung von Wirtschaftsdynamik unbegrenzt neue Bedürfnisse künstlich hervor.

Die Erfahrungen des Auslandes lassen erkennen, daß im Wettbewerb verschiedener programmgestaltender Kräfte die von kommerziellen Gesichtspunkten ausgehenden die stärksten sind. Diesen Zug nach unten zeigen deutlich auch jene Zeitungen, Zeitschriften und Filme, die auf breitesten Publikumsgeschmack angelegt sind. Darüber hinaus bedauern wir lebhaft jede nicht vom Programm her notwendige zeitliche Ausweitung des Fernsehens, zu der ein kommerzielles Werbefernsehensystem natürlicherweise neigt.

Aus diesen Gründen ist die Veranstaltung von Fernsehsendungen durch gemeinnützige Anstalten des öffentlichen Rechts auf Gebühregrundlage die beste Lösung, wenn auch, wie die Erfahrung zeigt, die Fernsehwerbung in solchen Anstalten nicht selten Anlaß zu ernsthaften Beanstandungen gibt.

Soweit die Wirtschaft Ansprüche auf Fernsehwerbung erhebt, sollte diese Werbung bei solchen öffentlich-rechtlichen Anstalten liegen. Der Werbeteil muß im Programm von den übrigen Sendungen getrennt sein und zu diesen, insbesondere durch eine zeitliche Beschränkung, in einem untergeordneten Verhältnis stehen.

III

Wir bitten alle Verantwortlichen eindringlich, bei dem jetzt bestehenden und bei dem kommenden zweiten Fernsehprogramm die Ordnung und die Würde der Familie zu achten und die gesunde Entwicklung der noch nicht entscheidungsreifen Kinder und der Jugendlichen nicht durch ungeeignete oder zeitlich falsch angesetzte Sendungen zu stören. Wir schließen mit dem Wort der erwähnten Enzyklika: „Wir geben zu, daß es hier schwierige Fragen gibt. Ihre Lösung aber darf man nicht auf die Zukunft vertagen. Wird nämlich die Inanspruchnahme dieser Technik nicht durch die Zügel weiser Voraussicht gelenkt, dann erwachsen dem einzelnen und der menschlichen Gesellschaft überaus ernste Schäden.“

Gesellschaft und Jugendschutz — Jahrestagung des Volkswartbundes

Der Jugendschutz erhält weithin sein Gepräge durch die jeweilige aktuelle Jugendgefährdung. Das massenweise Einströmen der vielfach entwurzelten oder heimlosen Jugend in die Lokale der Vergnügungsindustrie, des Gastgewerbes und des Films machte es notwendig, Schutzbestimmungen gegenüber dem freien Zutritt Jugendlicher (speziell zur Abendstunde) zu erlassen. Nach dem Nachlassen des Zustroms in die Lokale (u. a. der Besatzungstruppen) mußte speziell der Kinobesuch unter Kontrolle gestellt werden. Die skrupel-

lose Geschäftstüchtigkeit der zahllosen inzwischen aufgeschossenen Illustrierten, Leihbüchereien und Broschüren-Verlage ließ dann den *literarischen* Jugendschutz in den Vordergrund treten.

Neuerdings beschäftigt die Fachleute mehr und mehr die Sorge, welche Abschirmmöglichkeiten gegenüber dem ungeheuer übermächtig gewordenen *Fernsehen* bestehen, namentlich wenn dieses einmal in kommerzielle Hände und Gesetzlichkeiten geraten ist. Verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit erfährt hingegen die *Geheimprostitution*, wie sie sich in verschiedenen Geselligkeitsformen erschreckend entwickelt hat; zweifellos wird auch noch zu wenig getan, um einer Fehlentwicklung des *Campingwesens*, namentlich unter den Einflüssen der „Freikörperbewegung“, wirksam vorzubeugen. Auch die Bemühungen der „Arbeitsgemeinschaft der katholischen Seelsorger für Fremdenverkehr und Gastgewerbe“ und ihrer rasch zu Ansehen gekommenen Zeitschrift „Einkehr“ sind erst in einigen Diözesen von Erfolg gewesen, namentlich was die Weckung eines Berufsapostolates an den Gästen betrifft.

Um dem Jugendschutz mehr Rückhalt in der Öffentlichkeit zu geben, wurden ein Zeitlang Jugendschutzwochen auf breitester Grundlage durchgeführt; aber gerade ihr „neutraler“ Charakter — zwischen den im Jugendbereich rivalisierenden Weltanschauungen, Konfessionen und Parteien, auch zwischen den Behörden und freien Verbänden — hat ihre Durchschlagskraft immer wieder beeinträchtigt. Aus den gleichen Gründen haben die gebildeten Arbeitsgemeinschaften und ihre Geschäftsstellen auf Bundes- oder Landesebene keinen leichten Stand. Auf katholischer Seite hat sich — zunächst im Rahmen der Hoheneck-Zentrale (Hamm) — eine eigene Bundesarbeitsstelle entwickelt, die mit ihren gezielten Aktionen, Kundgebungen und Veröffentlichungen („Ruf ins Volk“ u. a.) starke Wirkungen erreicht.

Dem literarischen Jugendschutz hat sich seit langem in besonderer Weise der *Volkswartbund* (Köln) zugewandt. Seine Jahresversammlung in Köln am 16. November 1959 bot wiederum einen Einblick in seine Zielsetzung und Arbeitsmethode (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 98, und 11. Jhg., S. 101) und deren Bekräftigung durch den neuen Vorsitzenden und Geschäftsführer. Bei dieser Gelegenheit wurden zwei Referate gehalten, die über den Anlaß hinaus unser Interesse beanspruchen.

Bundesminister Dr. *Wuermeling*, Bonn, sprach über „Jugendschutz und Demokratie“ und fragte nach den rechtlichen Voraussetzungen für ein wirksames Eingreifen. Auch bei voller Anerkennung der verfassungsgemäßen Sicherung sowohl der Freiheit der Person wie der Meinungsäußerung durch das Bonner Grundgesetz muß doch grundsätzlich daran festgehalten werden, daß damit keiner gefährlichen Willkür das Wort geredet sein kann, welche die unveräußerlichen Rechte anderer wesentlich beeinträchtigt. Vielmehr ist der Vorrang des Jugendschutzes vor der Pressefreiheit im Grundgesetz (Art. 5 Abs. 2) ausdrücklich garantiert, und selbst die Freiheit von Kunst und Wissenschaft (Art. 5 Abs. 3) setzt den Jugendschutz voraus. Das Grundrecht der Jugend auf ungestörte Entwicklung bleibt vorrangig! Eine rechtverstandene Demokratie verlangt gegenseitige Rücksichtnahme, die das Individuum nicht aus seiner Gemeinschaftsbezogenheit entläßt. Auch das Elternrecht, das im Grundgesetz (Art. 6) verankert ist, muß als moralische Verpflichtung zur Sorge um das Wohl des Kindes verstanden werden,

bei deren Versagen der Staat nachrangig zugunsten des gefährdeten Kindes eingreifen kann und muß, wobei ihm freie Gemeinschaften behilflich sein sollen. Dieses *staatliche Schutzrecht* zugunsten der Jugend wird zu einer pflichtigen Verantwortung nicht nur im Fall versagender oder schlechtberatener Eltern, sondern erst recht gegenüber profitkapitalistischen und mitunter geradezu dämonischen Einflüssen, wie sie den jungen Menschen heute bedrängen.

Der Minister kam sodann auf die sittlichen Werte und Forderungen der christlichen Ordnung zu sprechen, die schon durch die Weimarer Verfassung geschützt waren und auch für die heutige Gesellschaft gelten. Das Bundesverfassungsgericht habe sich 1954 ausdrücklich gegen die Auffassung eines Hamburger Justizbescheides gewandt, daß „das gewandelte sittliche Empfinden“ auch die sittlichen Maßstäbe verändert hätte, so daß „Unsittlichkeit“ nicht mehr im früheren Sinne als solche angesehen und gewertet werden könne. Hier wird der Unterschied zwischen äußerer Konvention und Sitte einerseits und dem ewigen Sittengesetz mit seinen festen Normen andererseits geflissentlich übersehen. Der Staat, der weltanschauliche Neutralität zu wahren hat, darf nicht einer sittlichen Neutralität huldigen, die zu allgemeiner Sittenlosigkeit führt, gesellschaftsauflösend wirkt und zum Totengräber der Demokratie wird. Gewiß hat es eine Diktatur leichter, Auswüchse zu beseitigen. Aber ein Mißbrauch der Staatsgewalt in der Diktatur ist noch gefährlicher als der Mißbrauch der Freiheit in einer Demokratie. Deshalb muß der Jugendschutz mit demokratischen Mitteln gesichert werden.

Vor allem gilt es, der heutigen Manie der Nötigung, den übersteigerten Angeboten (z. B. im Automatenverkauf von Schutzmitteln), der Indiskretion und Selbstentwürdigung, der Übersteigerung der Bedeutung des Sexuellen entgegenzutreten. Vom Fernsehen mit seiner starken Bildwirkung gerade auf Kinder und Jugendliche muß verlangt werden, daß es familiengerecht und jugendfördernd wirke. Der Rundfunk sollte sein Programm bis 21 Uhr so gestalten, daß keine nachteiligen Folgen für die Jugend befürchtet werden müssen.

Unser Jugendschutz darf sich jedoch nicht nur auf Abwehr schädlicher Einflüsse erstrecken, sondern noch viel mehr auf *positive* Maßnahmen: namentlich durch Förderung des Geschmackes und der Urteilskraft, durch gutes Schrifttum, durch Filmklubs, durch Pflege der gesunden Widerstandskräfte im jugendlichen, durch Weckung verantwortlicher Mitwirkung aller ansprechbaren Bürger. Große Aufgaben fallen der *Familie* zu, die heutzutage leider in vielen Fällen nicht recht erziehungsfähig ist. Eltern tun sich schwer, *für* ihre Kinder zu leben, wenn sie fast nicht *mit* ihren Kindern leben. Aber in einer Zeit, wo selbst intakte Familien ihre Jugend nicht mehr genügend gegen die vielfältige Gefährdung und Verführung schützen können, muß die Gesellschaft selbst an ihre Seite treten. Jugendschutz und Demokratie sind keine Gegensätze, sondern bedingen sich gegenseitig und gehören zusammen.

An diese grundsätzlichen Darlegungen des Bundesministers knüpften die zwei *Arbeitskreise* des Nachmittags an, von denen der eine die Wünsche zur Novellierung der Jugendschutzbestimmungen zusammenfaßte; der andere wandte sich — im Sinne der Zielsetzung des Volkswartbundes — den Erscheinungen von Schmutz und Schund im heutigen Jugendschrifttum zu, erreichte sein Arbeitsziel aber of-

fensichtlich nicht, weil das gezeigte und zur Diskussion gestellte Anschauungsmaterial den versammelten Experten wohl nicht die geeignetsten Anknüpfungsmöglichkeiten bot. Über den Rahmen einer Jahresversammlung hinausgehend, hatte sich Dr. K. Pfaff, Aachen, in einem Vortrag mit dem heutigen „Jugendlichen in der Maske des Erwachsenen“ befaßt, also desgleichen einem Thema außerhalb des literarischen Jugendschutzes; seine anregenden Ausführungen, die demnächst in Buchform erweitert erscheinen sollen, verdienen die Beachtung aller, die der Jugend nahestehen.

Die bischöfliche Aktion gegen Hunger und Krankheit in der Welt: Erste Hilfsmaßnahmen Das bischöfliche Werk „Misereor“, das durch einen Beschluß der Fuldaer Bischofskonferenz 1958 gebildet wurde und allein durch die Spendenaktion während der Fastenzeit 1959 etwa 32 Millionen DM erhielt, hat bis zum 15. November 1959 folgende Summen in die Entwicklungsländer verteilt:

Afrika	
<i>Algerien</i>	124 000.— DM
Für die Anschaffung eines Ambulanzwagens und für Lebensmittel- und Medikamentenhilfe an algerische Flüchtlinge, Kinder und alte Leute	
<i>Basutoland</i>	1 525 000.— DM
Für die Verbesserung des Gesundheitswesens und der Ernährungslage	
<i>Belgisch-Kongo</i>	10 000.— DM
Für Medikamente	
<i>Tanganjika</i>	3 710 800.— DM
Für die Besserung des Gesundheitswesens, Brunnenanlagen, handwerkliche Ausbildung und konstruktive Maßnahmen zur Ernährungsverbesserung	
<i>Njassaland</i>	1 397 928.— DM
Der Betrag verteilt sich auf Einrichtung und Ausstattung von Krankenhäusern und konstruktive Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährung	
<i>Rhodesien</i>	542 800.— DM
Darin sind enthalten die Errichtung, Vollendung bzw. der Ausbau von vier Hospitälern, eine Lebensmittelhilfe für Hungernde und Hilfe für Überschwemmungsgebiete	
<i>Uganda</i>	52 000.— DM
Für die Verbesserung der Ausstattung zweier Krankenhäuser	
<i>Kenia</i>	200 000.— DM
Für konstruktive Verbesserung der Ernährungssituation	
<i>Französisch-Somaliland</i>	356 000.— DM
Darin sind enthalten eine Direkthilfe (Lebensmittel) für Hungernde, Maßnahmen zur Bekämpfung der Kindersterblichkeit und Mütterhilfe	
<i>Französisch-Westafrika</i>	861 000.— DM
Für konstruktive Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungslage (landwirtschaftliche Anleitung u. ä.) und Lebensmittel an hungernde Kinder	

<i>Französisch-Zentralafrika</i>	10 000.— DM
Für landwirtschaftliche Geräte und den Ausbau eines Ambulatoriums	
<i>Ghana</i>	166 000.— DM
Einrichtung eines Hospitals für verkrüppelte Kinder und Ausbildungsmaßnahmen	
<i>Madagaskar</i>	182 000.— DM
Darin enthalten sind zwei Soforthilfen (Lebensmittel) und die Errichtung eines Gesundheitszentrums	
<i>Marokko</i>	150 000.— DM
Für Direkthilfe (Lebensmittel und Medikamente) vorwiegend für Kinder und algerische Flüchtlinge	
<i>Nigeria</i>	35 000.— DM
Für Medikamente an eine Missionspraxis und die Vollendung eines Krankenhauses	
<i>Ruanda-Urundi</i>	4 000.— DM
Ambulanzwagen für Krankenbetreuung	
<i>Südafrikanische Union</i>	794 000.— DM
Für Direkthilfe (Lebensmittel) in den Dürregebieten vorwiegend an Kinder, Wasserbeschaffung und für den Bau eines Tuberkulosenkrankenhauses	
<i>Südwestafrika</i>	694 000.— DM
Für Direkthilfe (Lebensmittel) in den Dürregebieten, Wasserbeschaffung und Maßnahmen zur Besserung der Ernährungslage	
<i>Tunesien</i>	120 000.— DM
Für Direkthilfe (Lebensmittel und Medikamente) an algerische Flüchtlinge und Kinder	
Afrika insgesamt	10 934 528.— DM

Asien	
<i>Formosa</i>	87 000.— DM
Als Soforthilfe (Lebensmittel und Medikamente) für die Opfer einer Überschwemmung und für ein Kinderheim	
<i>Hongkong</i>	1 000 000.— DM
Für Hilfsmaßnahmen unter den chinesischen Flüchtlingen	
<i>Indien</i>	3 687 000.— DM
Darin sind enthalten: Einrichtung bzw. Erweiterung von sieben Krankenhäusern und zwei Aussätzigenzentren, KinderSpeisung und konstruktive Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährung, Hilfe für Waisenhäuser und Obdachlose u. ä.	
<i>Japan</i>	475 000.— DM
Darin sind enthalten Hilfe für zwei Krankenhäuser, für die Opfer der Taifunkatastrophe, für ein Waisenhaus und konstruktive Maßnahmen zur Ernährungsverbesserung	
<i>Korea</i>	654 008.— DM
Für die Einrichtung eines Krankenhauses mit Krankenpflegeschule, für die Opfer des Taifuns und konstruktive Maßnahmen zur Ernährungsverbesserung	
<i>Laos</i>	180 000.— DM
Für Lebensmittelhilfe in den Hungergebieten und konstruktive Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährung und Gesundheitsfürsorge	

<i>Malaya</i>	207 000.— DM	<i>Philippinen</i>	45 000.— DM
Für die Fertigstellung eines Krankenhauses		Zur Anschaffung landwirtschaftlicher Geräte und für caritative Hilfsmaßnahmen	
<i>Vietnam</i>	120 000.— DM	<i>Salomonen-Inseln</i>	25 000.— DM
Röntgenapparat für ein Krankenhaus und Hilfe für eine Leprakolonie		Für eine Aussätzigenstation und ein Hospital	
<i>Pakistan</i>	35 000.— DM	Ozeanien insgesamt	532 000.— DM
Für ein Aussätzigenheim und für konstruktive Maßnahmen zur Ernährungsverbesserung			
Asien insgesamt	6 445 208.— DM		
		Europa	
Vorderer Orient		<i>Griechenland</i>	6 300.— DM
<i>Israel</i>	10 000.— DM	Für Arme der Insel Tinos	
Hilfe für eine in Not geratene christliche Siedlung		<i>Jugoslawien</i>	10 000.— DM
<i>Jordanien</i>	15 000.— DM	Lebensmittelspende	
Direkthilfe für hungernde Kinder			
<i>Iran</i>	407 000.— DM	Sonstige	
Für die Einrichtung einer Poliklinik		Beihilfe für Maßnahmen zur Ernährungs-sicherung hungernder Völker durch die Internationale Ernährungsorganisation (FAO) der Vereinten Nationen im Rahmen des Welthungerjahres	420 000.— DM
Vorderer Orient insgesamt	432 400.— DM	Für die Ausbildung einheimischer Ärzte und Pflegerinnen	84 000.— DM
		Sonstige insgesamt	504 000.— DM
Lateinamerika			
<i>Argentinien</i>	15 000.— DM		
Für Lebensmittel an Opfer einer Überschwemmungskatastrophe		Mischehen zwischen Christen und Muslimen	Die deutsche Regierung hat sich in den letzten Jahren darum bemüht, möglichst vielen Studenten aus den Entwicklungsländern einen Studienaufenthalt in der Bundesrepublik zu ermöglichen. Im Jahre 1958 studierten etwa 2800 Studenten aus den Ländern Asiens und 1700 aus Afrika an den westdeutschen Hochschulen. Auch die österreichischen Hochschulen werden von etwa 1250 farbigen Überseestudenten vieler Länder besucht. Gleichzeitig bemühten sich zahlreiche Institutionen darum, persönliche und gesellschaftliche Kontakte zwischen den Gaststudenten und der Bevölkerung herzustellen, um diesen Studenten einen möglichst guten Einblick in das Leben des Landes zu ermöglichen. Diese Bemühungen sollten in jeder Weise gefördert werden, nicht zuletzt deshalb, weil die Begegnung dieser Studenten mit dem europäischen Leben zugleich auch eine Begegnung mit dem Christentum ist — oder doch wenigstens sein sollte. Der gesellschaftliche Kontakt zwischen Mitteleuropäern und nichteuropäischen Studenten führt allerdings in manchen Fällen auch zu Eheschließungen zwischen den Gaststudenten und christlichen Mädchen, die besonders dann erleichtert werden, wenn die vorhandenen rassischen Vorurteile oder religiösen Bedenken der europäischen Partner beseitigt sind. Hier ergeben sich nun Gefahren für den europäischen Partner, vor denen er nur durch eingehende Aufklärung geschützt werden kann. Daß diese Aufklärung in möglichst taktvoller Form geschehen muß, versteht sich von selbst.
<i>Bolivien</i>	67 180.— DM		
Für zwei Urwaldspitäler und Verbesserung der Ernährungslage			
<i>Brasilien</i>	122 000.— DM		
Für Lebensmittel in die Dürregebiete, drei Aussätzigenpitäler und eine Krankenstation			
<i>Chile</i>	215 000.— DM		
Für Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährung, eine Handwerkerschule und eine Poliklinik			
<i>Haiti</i>	4 200.— DM		
Für Lebensmittelbeschaffung an Arme			
<i>Mexiko</i>	25 000.— DM		
Für die Opfer der Überschwemmungskatastrophe			
<i>Perú</i>	5 000.— DM		
Für eine Krankenstation			
<i>Uruguay</i>	15 000.— DM		
Für die Opfer einer Überschwemmungskatastrophe			
Lateinamerika insgesamt	468 380.— DM		
		Beweggründe der Männer	
Ozeanien		Am häufigsten sind in Deutschland und Österreich die Ehen zwischen muslimischen Männern (Araber, Perser, Türken) und christlichen Mädchen. Genaue Zahlen sind nicht bekannt, doch übersteigt die Zahl der Eheschließungen sicherlich hundert im Jahr. Ehen zwischen muslimischen Mädchen und christlichen Männern sind nicht bekannt. Da eine Ehe zwischen Muslimen und Christen auch	
<i>Indonesien</i>	204 000.— DM		
Für die Versorgung eines Krankenhauses, Medikamente, konstruktive Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungs- und Gesundheitssituation			
<i>Neuguinea</i>	253 000.— DM		
Für Maßnahmen zur Ernährungssicherung und eine Entbindungsklinik			
<i>Polynesien</i>	5 000.— DM		
Für Opfer eines Erdbebens			

heute noch keineswegs selbstverständlich ist, muß man wohl danach fragen, aus welchen Gründen diese Ehen eigentlich geschlossen werden. Dabei wird man der verschiedenen Herkunft entsprechend zwischen den Beweggründen der Partner unterscheiden müssen.

Bei den muslimischen Männern ist nicht zuletzt der Umstand entscheidend, daß eine Eheschließung in ihrer Heimat durch die gegebenen sozialen und religiösen Verhältnisse außerordentlich erschwert ist. Der zwanglose gesellschaftliche Verkehr zwischen Männern und Frauen ist in den Ländern des Islams unbekannt und gilt auch heute noch als unsittlich (nur in der Türkei sind diese Sitten etwas gemildert). Der Mann hat daher vor der Eheschließung nicht die Möglichkeit, seine zukünftige Frau kennenzulernen. Die freie Gattenwahl ist unbekannt. Die Ehe wird nach Vermittlung der Verwandten durch Vertrag geschlossen. Der Mann muß einen ansehnlichen Betrag als Morgengabe an die Familie der Braut bezahlen. Viele junge Männer können diese Morgengabe bzw. den Kaufpreis nicht ohne weiteres aufbringen und werden 30 bis 40 Jahre alt, bis sie heiraten können.

Der muslimische Student nun (oder auch der Geschäftsmann) begegnet in Europa einer gänzlich anderen Lebensweise, in der die Eheschließung — nach seinen Maßstäben — unerhört erleichtert ist. Er braucht fast keine finanziellen Vorleistungen zu machen und kann u. U. sogar noch eine Mitgift erwarten. Er lernt seine Frau vorher kennen, und das leidige Vermittlungsgeschäft fällt weg. Da die Ehe zwischen muslimischen Männern und nichtmuslimischen Frauen gestattet ist (nicht jedoch zwischen nichtmuslimischen Männern und muslimischen Frauen), spricht alles dafür, daß er in Europa quasi mühelos heiratet und seine Frau in seine Heimat mitnimmt. Manche der Ehen werden allerdings erst in der Heimat des Mannes geschlossen.

Man könnte die Brautwerbung muslimischer Studenten in Europa für die gutgläubige Wahrnehmung einer besonders günstigen Gelegenheit halten, wenn nicht manches dagegenspräche: Fast alle Moslems wissen, daß die europäischen Vorstellungen vom ehelichen Leben durchaus andere sind als die der muslimischen Gesellschaft und daß ein christliches Mädchen nur in den seltensten Fällen bereit wäre, eine Ehe mit einem Muslim einzugehen, wenn ihr die wirklichen Lebensverhältnisse bekannt wären. Die Ehen kommen daher oft unter Umständen zustande, die man als Täuschung bezeichnen muß. Daß diese Art des Betrugers auch in Europa nicht unbekannt ist, ändert nichts an dieser Tatsache.

Beweggründe bei den Mädchen

Gänzlich anders sind die Beweggründe bei den Mädchen, die eine Ehe mit Muslimen eingehen. Vor allem anderen wirkt der Reiz des Fremden und Exotischen, verbunden mit einer völlig falschen Vorstellung von der Stellung der Frau in der muslimischen Gesellschaft. Der arabische, persische oder pakistanische Student ist nicht annähernd so „prosaisch“, „sachlich“ oder „nüchtern“ wie der Mitteleuropäer. Da niemand weiß, daß er für gewöhnlich in seiner Heimat auch nichts anderes als Beamter, Kaufmann oder Angestellter ist (nur meistens unter sehr viel ungünstigeren Verhältnissen) und daß er oft aus den ärmlichsten Familien stammt, ist es nur zu leicht, ihn für einen Märchenprinzen zu halten. Die Söhne wohlhabender Eltern, die keinerlei Schwierigkeiten haben, in ihrer

Heimat eine oder mehrere Frauen zu finden, sind nicht sehr zahlreich, und sie bemühen sich auch nicht darum, in Europa billig zu einer Frau zu kommen; sie begnügen sich hier eher mit einem Abenteuer.

Die Gaststudenten sind zum überwiegenden Teil Stipendiaten. Die Stipendien sind oft so großzügig bemessen (bis zu 800.— DM im Monat), daß sie sich den Anschein der Wohlhabenheit geben können. Nichts weist darauf hin, daß die beruflichen Aussichten dieser Studenten im allgemeinen schlecht sind und daß nur ein Teil von ihnen nach der Rückkehr in ihre Heimat auch nur annähernd so viel verdienen kann, wie sie als Stipendiaten erhalten.

Die Ansprüche, die die Männer an ihre zukünftigen Frauen stellen, sind sehr viel geringer als etwa die der europäischen Männer. Sie suchen, fürs erste jedenfalls, eine ausschließlich erotische Gemeinschaft. Sie erwarten weder besonders gute noch besonders tüchtige Frauen, sie sind gegebenenfalls bereit, großzügig auf eine Aussteuer zu verzichten, die Familienverhältnisse sind ihnen gleichgültig, da nur die wenigsten beabsichtigen, irgendwelche persönliche Beziehungen zur Familie der Frau zu pflegen. Die Mädchen kommen zum größeren Teil aus den unteren sozialen Schichten („Studentenehen“ scheinen relativ selten zu sein).

Die europäischen Mädchen begegnen so einem Manne, der scheinbar in den besten Verhältnissen lebt, scheinbar keine Mustergattin sucht, der nicht auf Vermögen und Herkunft sieht, der ihnen ein Paradies in seiner Heimat verspricht und zu allem anderen noch ein äußerst charmanter Liebhaber sein kann, kurzum, dem Märchenprinzen, wie er in jeder Illustrierten steht.

Die Gefahren der Mischehen

Nur wenige kennen die äußerst großen Gefahren, die mit dem Eingehen eine solchen Ehe verbunden sind. Daß eine Ehe zwischen Katholiken und Nichtchristen grundsätzlich ungültig ist, mag in diesen Fällen keinen überzeugenden Eindruck machen; denn wahrscheinlich haben die meisten Mädchen, die eine solche Ehe eingehen wollen, jede religiöse Bindung verloren. Doch sprechen noch so viele andere Gründe gegen das Eingehen einer solchen Ehe, die auch bei den Mädchen, die diese Absicht hegen, Gehör finden dürften, daß eine Warnung nützlich und erfolgreich sein könnte.

Vor allem anderen ist hier hervorzuheben, daß in fast allen muslimischen Staaten das konfessionelle Eherecht auch Staatsrecht ist (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 116 f.), daß eine Ehe zwischen einem muslimischen Mann und einer christlichen Frau in diesen Staaten nach muslimischem Recht (Schariah) geschützt wird. Dabei ist es gleichgültig, ob die Ehe vor einem deutschen Standesamt oder in der Heimat des Mannes geschlossen wurde.

Der muslimische Mann hat das Recht, bis zu vier Frauen gleichzeitig zu haben. Daneben, soweit er es sich leisten kann, eine nicht begrenzte Anzahl von Konkubinen. Wenn die Monogamie auch die Regel ist — nur die wenigsten können mehr als eine Frau unterhalten —, so muß doch jede Frau damit rechnen, daß sie im Hause ihres Mannes nicht die einzige bleibt, besonders wenn dieser begütert ist.

Die Frau kann jederzeit verstoßen werden, und zwar sowohl auf Zeit (dann hat der Mann für ihren Unterhalt zu sorgen, doch muß die Frau dann auf Wunsch des

Mannes zurückkehren) oder endgültig. Im ersten Falle genügt das einmalige Aussprechen der Verstoßungsformel, bei der endgültigen Verstoßung muß diese dreimal ausgesprochen werden. Die Frau hingegen hat in der Praxis fast gar keine Möglichkeit, sich scheiden zu lassen. Die Kinder werden in fast jedem Falle dem Mann zugesprochen.

Die Frau darf ohne Erlaubnis des Mannes das Haus nicht verlassen, kann also und wird fast immer wie eine Gefangene im „Harem“ gehalten. Verläßt sie das Haus ihres Mannes, dann kann sie jederzeit auf dem Vollstreckungsweg zurückgeholt werden. Der Mann hat das Erziehungsrecht und somit auch das Züchtigungsrecht an der Frau — und viele Männer machen davon auch Gebrauch. Einen „Ehebruch“ des Mannes gibt es nicht, der Ehebruch der Frau wird dagegen in den zivilisierten Staaten mit sechs Monaten Gefängnis, in Saudi-Arabien und Jemen mit dem Tode durch Steinigen bestraft.

Die einzige materielle Sicherheit, die die muslimische Frau besitzt, ist der Ehevertrag, in dem die Morgengabe festgesetzt ist. Die Morgengabe wird bei der Eheschließung nur zur Hälfte an die Familie der Frau gezahlt, die andere Hälfte wird beim Ableben der Frau oder im Falle der Scheidung fällig. Da es sich dabei um einen beachtlichen Betrag handelt, steht die Pflicht zur Zahlung der Scheidung entgegen. Die meisten europäischen Mädchen werden um diesen Ehevertrag betrogen, weil sie von den Männern nicht darüber aufgeklärt werden.

Das Mädchen, das einen muslimischen Mann heiratet und ihm in seine Heimat folgt, wird dort nur allzuoft schwere Enttäuschungen erleben. Der erwartete Wohlstand des Mannes erweist sich nicht selten als Täuschung (eine vorherige Information ist meistens sehr schwierig). Der Lebensstandard in den muslimischen Ländern ist, sieht man von den wenigen reichen Familien ab, denkbar niedrig, und nur wenige Mädchen denken daran, daß ihr Traum von einem Märchenschloß in einer Lehmhütte auf dem Dorf ohne jede sanitäre Einrichtung oder in der Einzimmerwohnung der Schwiegereltern enden könnte. Aber auch dann, wenn die materiellen Erwartungen nicht enttäuscht werden, ist das Leben in völliger Abgeschlossenheit unter Umständen zusammen mit einer zweiten Frau für die meisten unerträglich.

Die wenigsten Mädchen wissen, daß sie nicht nur den Mann, sondern auch seine Familie heiraten, und die wenigsten können sich vorstellen, daß ihr Mann, einmal in seine Heimat zurückgekehrt, mit ihnen zusammen weder ein Lokal aufsuchen noch sich in irgendeiner Weise in der Öffentlichkeit zeigen würde. Nur wenige europäische Mädchen sind der gesellschaftlichen und menschlichen Isolierung gewachsen, in der die muslimische Frau zu leben gezwungen ist.

Eine Rückkehr ist nur in den wenigsten Fällen möglich, denn die Frau erhält nur auf Antrag des Mannes einen Reisepaß und muß im Falle der Scheidung die Kinder zurücklassen. Es mag auch glückliche Ehen zwischen christlichen Mädchen und muslimischen Männern geben, die Voraussetzungen hierfür sind jedoch nur in den seltensten Fällen gegeben. Die Zahl der deutschen Frauen, die sich in der letzten Zeit an die deutsche Botschaft in Ägypten wandten und dort um Hilfe baten, weil sie es bei ihren Männern nicht mehr aushalten, wird immer größer, ohne daß ihnen irgendwelche Hilfe gewährt werden kann.

Möglichkeiten des Schutzes

Unter diesen Umständen scheint es unerlässlich, alles nur mögliche zum Schutze der betroffenen Mädchen zu unternehmen.

Eine allgemeine öffentliche Aufklärung ist unter diesen Umständen sehr schwierig. Eine diskrete persönliche Aufklärung setzt voraus, daß eine beabsichtigte Eheschließung rechtzeitig bekannt wird. Soweit es sich um Studentinnen handelt, wird es die Aufgabe der Studentenseelsorger sein, für die nötige Aufklärung zu sorgen.

Da bei diesen Mischehen im allgemeinen das Wohl deutscher Staatsbürger gefährdet ist, sollten auch die Behörden dafür sorgen, daß in Deutschland keine Mischehen geschlossen werden, ohne daß die Eheschließenden über die rechtlichen Verhältnisse aufgeklärt werden, und zwar rechtzeitig. Das ist insofern relativ einfach, weil durch das Aufgebot die beabsichtigten Eheschließungen zwar spät (besonders dann, wenn bereits ein Kind erwartet wird), aber doch nicht zu spät bekannt werden.

Ehen zwischen orientalischen und europäischen Christen

Völlig anders liegen die Verhältnisse bei Ehen zwischen europäischen und orientalischen Christen. Kirchlicherseits bestehen hier keine unüberwindlichen Hindernisse; soweit es sich um Ehen zwischen Angehörigen des „lateinischen Ritus“ und solchen der unierten Riten handelt, überhaupt keine. Doch sind auch solche Ehen aus sozialen Gründen nicht immer unbedenklich. (Über die Zahl der Ehen zwischen orientalischen und „westlichen“ Christen in Mitteleuropa ist uns nichts bekannt, in Amerika sind sie keineswegs selten.)

Solange die Ehegatten in Europa wohnen, sind die Aussichten für eine glückliche Ehe keineswegs schlecht. Fast alle Orientalen passen sich den sozialen Verhältnissen des Landes, in dem sie leben, ganz ausgezeichnet an. Kehrt das Paar jedoch in die Heimat des Mannes zurück, dann wird von der Frau erwartet, daß sie sich den Lebensverhältnissen des Mannes anpaßt. Diese sind von den europäischen Verhältnissen auch bei den Christen grundverschieden. Die Frau wird zwar nicht in einem „Harem“ gehalten, doch erwartet man von ihr, daß sie „im Hause“ lebt und in der Familie des Mannes aufgeht. Sie muß sich fast völlig den orientalischen Lebensverhältnissen assimilieren, was keineswegs einfach ist. Auch hier scheint geeignete Aufklärung durch den Seelsorger, der in diesen Fällen ja eher gehört wird, ratsam.

Aus dem Vatikan

Die Kardinals- ernennungen und Personal- veränderungen in den römischen Kongregationen

Am 14. Dezember fand das Geheime Konsistorium statt, in dem die neuen Kardinäle, deren Namen bereits Mitte November bekanntgegeben worden sind (vgl. ds. Jhg., S. 106), feierlich ernannt wurden. Ein Geheimes Konsistorium setzt sich ausschließlich aus den in Rom anwesenden, bereits mit dieser Würde bekleideten Kardinälen zusammen. Die deutschen Kardinäle, Frings, Wendel und Döpfner, nahmen an diesem Konsistorium teil. Vor etwa 40 anwesenden Kardinälen hielt Papst Johannes XXIII. eine lateinische Ansprache, in der er zunächst kurz den Sinn der neuen Ernennungen angab.

Der Sinn der Ernennungen

Nach den Begrüßungsworten sagte der Papst wörtlich: „Ihr wißt, warum Wir euch heute vor allem zusammengerufen haben: um neue Mitglieder des Kardinalskollegiums zu ernennen, die Wir der hohen Würde des Römischen Purpurs für würdig erachten. Diese Prälaten und Ordensangehörigen haben Wir aus den verschiedensten Nationen gewählt; denn hier wie bei allem ist es Unsrer Absicht, in leuchtender Weise herauszustellen, daß die katholische Kirche nicht nur durch ihre Einheit stark ist, sondern auch allen Völkern gehört, die sie alle mit gleicher Liebe umfängt, weil der göttliche Erlöser sie ihr anvertraut hat.“

Rückblick auf das erste Jahr des Pontifikats

Da die Kardinalsernennungen vom 14. Dezember gerade ein Jahr nach den Ernennungen in dem ersten Geheimen Konsistorium Johannes' XXIII. stattfanden, ergab sich für den Heiligen Vater ein Anlaß, einen Rückblick über die Ereignisse dieses ersten Jahres seines Pontifikats zu geben. Er zählte die frohen, die traurigen und die zukunftssträchtigen Ereignisse dieses Jahres auf: Tröstlich der unaufhörliche Zustrom von Gläubigen, von Pilgern aus allen Ländern (unter denen er den nationalen Pilgerzug Frankreichs besonders erwähnte), die Ehrung der Heiligen, deren Jubiläum gefeiert wurde, Pius' X. und Don Boscos, die Fronleichnamsprozession durch die Straßen Roms, durch die das eucharistische Sakrament seit mehr als 200 Jahren nicht mehr getragen worden war; die Staatsbesuche, darunter zuletzt noch der des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika; die Besuche der Bischöfe, insbesondere die Tagung der Lateinamerikanischen Bischöfe in Rom im November 1958, der Besuch einer starken Gruppe nordamerikanischer Bischöfe zur Jahrhundertfeier ihres römischen Kollegs im letzten Oktober und der vielen deutschen und österreichischen Bischöfe zum Jubiläum der „Anima“. Zu den tröstlichen Ereignissen zählten ferner die Kontakte mit den in Rom ansässigen Ordensgemeinschaften, insbesondere die Feier des 750. Jahrestags der Anerkennung der Regel des hl. Franziskus und die Feierlichkeiten anläßlich der Wahl des neuen Benediktinerprimas. Schließlich erwähnte der Papst nochmals, wie schon bei verschiedenen früheren Gelegenheiten, mit besonderer Ergriffenheit die Verleihung der Kreuzfixe an mehr als 400 ausziehende Missionare und Missions-schwesterinnen, die er selber in St. Peter vorgenommen hat.

Der Papst stellte diesen tröstlichen Ereignissen eine Reihe schwerer Leiden und Sorgen der Menschheit und der Kirche gegenüber: an erster Stelle das menschliche Leid aller, die von Naturkatastrophen betroffen worden sind. Schwerer allerdings ist noch der Schmerz um diejenigen, die sich vom Glauben abwenden und Gott vergessen und für die der Papst ständig betet. Sehr am Herzen liegt ihm auch das Problem des Hungers in der Welt, dem viele mit den unerlaubten Mitteln der Geburtenbeschränkung begegnen wollen, anstatt, wie es Gottes Gebot ist und die Gerechtigkeit verlangt, die Reichtümer der Erde besser zu verteilen. Eine schwere Sorge bleiben auch die zahllosen Flüchtlinge. Und schließlich bedrückt den Heiligen Vater die große Not jenes Teils seiner Herde, der seinen Glauben nicht frei bekennen und ausüben darf. Die Sorge um China ist in diesem Jahr seit dem Antritt seines Pontifikats nicht geringer geworden.

Doch gibt es auch gewichtige Gründe zum Vertrauen.

Dazu gehört der Widerhall, den die Enzykliken des Papstes gefunden haben, insbesondere die über das Priestertum zum Gedächtnis des heiligen Pfarrers von Ars. Vor allem aber setzt der Papst seine Hoffnung auf die beiden großen Ereignisse der römischen Diözesansynode und des Ökumenischen Konzils. Das Konzil stellte der Papst unter den besonderen Schutz der Unbefleckten Jungfrau. Um sie um ihren besonderen Segen zu bitten, hat Johannes XXIII. am Vorabend des Festes der Unbefleckten Empfängnis eine alte Tradition wiederaufgenommen und sich in die römische Basilika der Heiligen Apostel begeben (wo er an der Schlußfeier einer Novene zur Vorbereitung auf das Fest der Gottesmutter teilnahm, wie es von Sixtus IV. bis zum Jahre 1869 Brauch war). Vor dem Geheimen Konsistorium sprach Papst Johannes im Anschluß an den Hinweis auf unzählige Gebete, die sich an die Allerheiligste Jungfrau für das Gelingen des Konzils wenden, von „seinen Kindern der Kirche östlicher Riten“, deren glühende Verehrung der Gottesmutter er kennt.

Nach dieser kurzen Zusammenfassung dessen, was für Papst Johannes das Wesentliche des ersten Jahres seines Pontifikats ausmacht, gab er die Namen der neuen Kardinalen an, zu deren Ernennung er, der Tradition gemäß, formell die Meinung des Kardinalskollegiums einholte.

Kommentar zu den Kardinalsernennungen

Von den acht neuen Kardinälen ist nur einer residierender Bischof: der Nordamerikaner Albert G. Meyer, Erzbischof von Chicago und als solcher Nachfolger von Kardinal Stritch, den Papst Pius XII. im März 1958 als ersten amerikanischen Kurienkardinal nach Rom berief und an die Spitze der Propaganda-Kongregation stellen wollte; er starb jedoch kurz nach seiner Ankunft in Italien.

Die übrigen sieben neuen Kardinäle sind für die Kurie bestimmt. Sie sind zweifellos im Hinblick auf das künftige Konzil ausgewählt worden, zu dessen Vorbereitung sie durch ihre besonderen Kenntnisse und Erfahrungen beitragen sollen. Der ehemalige Beichtvater Papst Pius XII., P. Augustin Bea SJ, wird seine gründliche theologische und philosophische Bildung, seine besondere Kompetenz in Bibelfragen und seine Vertrautheit mit den Verhältnissen in der Ökumenischen Bewegung in den Dienst dieser Arbeiten stellen; der neue englische Kardinal, der Kurialrichter William Heard, steht mit seinen Kenntnissen des Kanonischen Rechts zur Verfügung. Kardinal Muench hat Sozialwissenschaften studiert, Kardinal Morano Physik und Chemie, Kardinal Larraona ist besonderer Spezialist für die Vollkommenheitsstände und Organisator der großen Bewegung zur Modernisierung und Anpassung derselben. Die bisherigen Nuntien, die in die Kardinalswürde erhoben werden, tragen ihre Kenntnis der Länder bei, in die sie ihre diplomatische Karriere geführt hat: Kardinal Muench war bekanntlich bisher Nuntius in Bonn, Kardinal Marella zuletzt in Paris und Kardinal Gustavo Testa in Bern. (Letzterer ist nicht zu verwechseln mit Erzbischof Giacomo Testa, der im Juni von seinem bisherigen Posten als Apostolischer Delegat in der Türkei, wo er im Auftrag Johannes' XXIII. auch mit dem Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel Verbindung aufgenommen hatte, nach Rom auf den Posten des Präsidenten der „Pontificia Accademia Ecclesiastica“ berufen worden ist.)

Eine bemerkenswerte Tatsache ist es, daß Kardinal Heard

Konvertit aus dem Anglikanismus ist. Seit der Zeit Kardinal Newmans ist kein Konvertit mehr zu dieser Würde erhoben worden.

Wie der Papst in seiner Ansprache vor dem Geheimen Konsistorium betont hat, dient die Ernennung der neuen Kardinäle auch der weiteren Internationalisierung des Heiligen Kollegiums, ja der Kurie selber. Die Zahl der Kurienkardinäle hat sich durch das Konsistorium von 24 auf 31 erhöht; von diesen sind acht Nichtitaliener. Ein Verhältnis zwischen Italienern und Nichtitalienern von 4 zu 1, wie es jetzt besteht, hat es in neuerer Zeit an der Kurie noch nie gegeben. Insgesamt erhöht sich die Zahl der Kardinäle durch die Neuernennungen auf 79. Das Kardinalskollegium setzt sich folgendermaßen nach Nationalitäten zusammen: 31 Italiener, 7 Franzosen, 6 US-Amerikaner, 5 Spanier, 4 Deutsche, 3 Brasilianer, 2 Engländer, 2 Portugiesen, 2 Kanadier, 2 Argentinier, je ein Belgier, Österreicher, Irländer, Ungar, Jugoslawe, Pole, Armenier, Syrer, Inder, Chinese, Australier, Kubaner, Ekuadorianer, Uruguayaner und Mexikaner. Wahrscheinlich wird das Kardinalskollegium in nicht zu ferner Zeit noch mehr erweitert und dann auch noch weiter internationalisiert werden.

Die Personalveränderungen an der Kurie

Wenn die Ernennung von sieben neuen Kurienkardinälen einerseits als Schritt zur Vorbereitung des Ökumenischen Konzils betrachtet werden kann, so steht sie doch zugleich auch im Zusammenhang mit der allgemeinen Neuorganisation der Kurie, die Papst Johannes von Beginn seines Pontifikats an auf sein Programm gesetzt hat und die im Grunde eine Rückkehr zu früheren Verhältnissen darstellt. Pius XII. hatte in seinen letzten Jahren, da er keine neuen Kardinäle mehr ernennen wollte und deren Zahl immer mehr zusammenschmolz, die meisten Kurienkardinäle mit zwei oder mehreren führenden Stellen betraut und belastet. Papst Johannes XXIII. hat die Absicht, die Arbeit der Kurienämter dadurch zu normalisieren, daß er die Aufgaben wieder zwischen mehreren Personen aufteilt und so die mit Ämtern überbürdeten Kardinäle entlastet. Künftig soll jeder Kurienkardinal nur *einen* leitenden Posten bekleiden. Dieses Ziel kann nur schrittweise erreicht werden. Jedenfalls haben alle an den römischen Kongregationen leitend tätigen Kardinäle dem Papst noch im vergangenen Jahr ihre Ämter zur Verfügung gestellt und ihm dadurch die Neuverteilung erleichtert. Als erster ist, auf eigenen Wunsch, Kardinal Pizzardo von seinem Amt als Sekretär des Heiligen Offiziums entbunden worden (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 106), während er die Leitung der Studienkongregation behalten hat.

Am 16./17. November teilte der „Osservatore Romano“ mit, daß zwei weitere Kardinäle eines ihrer führenden Ämter aufgeben hätten. Kardinal Eugène Tisserant ist von der Leitung der Kongregation für die Orientalische Kirche und Kardinal Gaetano Cicognani von dem Amt eines Propräfecten des Obersten Gerichts der Apostolischen Signatur entbunden worden.

Kardinal Tisserant bleibt dagegen Präfect der Vatikanbibliothek und Präfect der Zeremonialkongregation, an welches Amt der Rang des Dekans des Kardinalskollegiums geknüpft ist, den der Kardinal seit vielen Jahren innehat. Mit der Leitung der Kongregation für die Orientalische Kirche ist der vor einem Jahr neu ernannte und

bisher noch nirgends eingesetzte Kardinal Amleto Cicognani (Bruder des Kardinals Gaetano Cicognani) betraut worden. Den Posten des Propräfecten des Obersten Gerichts der Apostolischen Signatur hat der ebenfalls vor einem Jahr neu ernannte Kardinal Francesco Roberti erhalten.

Damit ist die Umbesetzung der Kurienämter zweifellos noch nicht beendet. Papst Johannes hält sich in Anbetracht der ungeheuer angewachsenen Aufgaben der Kirche in der gegenwärtigen Zeit nicht mehr an die traditionelle Zahl von 70 Kardinälen gebunden, wie er jetzt bereits mehrfach bewiesen hat. Man nimmt an, daß bei den Personalveränderungen nur einige Kardinäle wegen ihres hohen Alters ausgenommen bleiben werden, insbesondere die Kardinäle Nicola Canali, Clemente Micara und Pietro Fumasoni-Biondi, die ihre Ämter formell behalten sollen, auch wenn sie sie nicht mehr wahrnehmen können.

Der „Fall“ Tisserant

Die Entbindung Kardinal Tisserants von der Leitung der Kongregation für die Orientalische Kirche, der er während 23 Jahren vorgestanden hat, hat großes Aufsehen erregt und zumal in Frankreich zum Teil sehr erregte Kommentare hervorgerufen. Kardinal Tisserant, der mit seinen 73 Jahren ein noch äußerst rüstiger und tätiger Mann ist, hat sich keinesfalls durch seine verschiedenen Ämter überbürdet gefühlt. Daß ihm eines dieser Ämter abgenommen werden mußte, lag im Zuge der Neuordnung der Kurie. Sicher hatte jedoch niemand erwartet, daß es gerade die Leitung der Kongregation für die Orientalische Kirche sein würde. Gewisse Kreise der französischen öffentlichen Meinung (wie sie z. B. „Le Monde“ am 18. November zum Ausdruck brachte) zeigten sich über diese Regelung besonders darum empört, weil sie die Angelegenheiten der Ostkirchen als einen Bestandteil der Situation des Nahen Ostens betrachten (wo ja ein wichtiger Teil der unierten Ostkirchen beheimatet ist) und sie deren Schutz als ein althergebrachtes Recht Frankreichs ansehen. Kardinal Tisserant selber hat verschiedentlich dagegen Einspruch erhoben, daß man hinter seinem Abgang von der „Orientalischen Kongregation“ irgendwelche verborgenen oder persönlichen Hintergründe suche, so in einem Interview mit der französischen Presseagentur AFP und in einem anderen mit dem Redakteur der katholischen Wochenzeitung „La France Catholique“, Jean de Fabrègues. Zweifellos hat Kardinal Tisserant die Aufgabe, der er seit 23 Jahren gedient hat, schweren Herzens nach einem langen Gespräch mit dem Heiligen Vater aufgegeben. Es ist klar, daß dieser Neuordnung gerade im Hinblick auf das von Papst Johannes XXIII. so sehr erhoffte Gespräch mit den orthodoxen Kirchen eine besondere Bedeutung zukommt. Unter ihrem neuen Sekretär, Kardinal Amleto Cicognani (Präfect dieser Kongregation ist bekanntlich der Papst selber), wird die Kongregation für die Orientalische Kirche zwar in der gleichen Tradition, doch unter der Führung eines neuen Mannes weiterarbeiten, der von Papst Johannes selbst zum Kardinal kreiert und ebenso von ihm an diesen Posten gestellt worden ist. Gewisse römische Kreise vermuten indessen, daß Kardinal Tisserant auf Grund seiner Kenntnisse des christlichen Ostens bei der Vorbereitung des Konzils vielleicht eine besondere Aufgabe zuerteilt wird. Katholische Nachrichtenagenturen (NCWC, KIPA, KNA) haben die natürlich ganz unverbürgte Nachricht verbreitet, er würde Legat des Papstes für das Konzil werden.

**Die soziale
Lohnpolitik
des Vatikans**

Schon kurz nach seiner Wahl hat Papst Johannes XXIII. den etwa 3000 Angestellten und Arbeitern des Vatikanstaates und der römischen Dikasterien versprochen, ihre Löhne und Gehälter zu verbessern und die von Pius XII. begonnenen Vorarbeiten für eine organische Gehaltsreform zu beschleunigen. Er gab für die Ausarbeitung der neuen Tarifordnung folgende Richtlinien: „Allen Arbeitern und Angestellten müssen zum Leben ausreichende Löhne und Gehälter bezahlt werden. Die kinderreichen Familien müssen unterstützt werden. Für Kinder im Studium müssen besondere Vorkehrungen getroffen werden. Die niedrigsten Lohnkategorien müssen besonders berücksichtigt werden, da ihre gegenwärtige Höhe keineswegs den Lebenshaltungskosten entspricht“ (aus dem Begleitbrief zur neuen Tarifordnung, den der Vorsitzende der Kardinalskommission für den Vatikanstaat, Kardinal Canali, an den Personalchef der vatikanischen Verwaltung richtete).

Entsprechend diesen Leitgedanken enthielt die neue Gehaltsordnung, die am 1. Juni 1959 in Kraft trat, eine massive, den heutigen Lebenshaltungskosten in Rom (die mit den deutschen Lebenshaltungskosten nur sehr schwer zu vergleichen sind) entsprechende Erhöhung der niedrigsten Gehaltskategorien, die nach den Spitzengehältern hin abfällt. Die Treue zum Arbeitgeber wird durch eine alle zwei Jahre erfolgende Gehaltszulage belohnt. Die Familienzulagen sind bedeutend erweitert, so daß die Arbeiter und Angestellten des Vatikans mit ihren Familien jetzt einen angemessenen Lebensunterhalt verdienen. Dadurch ist nun der von Leo XIII. in der berühmten Sozialenzyklika *Rerum novarum* 1891 geforderte „familienrechtliche Lohn“ für die Angestellten der Kurie verwirklicht. Die Gehälter der untersten Stufen liegen durchschnittlich um 40% über denjenigen, die der italienische Staat bezahlt, wenn auch hier ein Vergleich sehr schwierig ist.

Familienzulagen

Unabhängig von der Höhe des Gehaltes werden die Familienzulagen, die bisher 5000 Lire (34.— DM) für die Ehefrau und jedes Kind betragen, auf 10 000 Lire (68.— DM) für die Frau und für jedes Kind bis zum 21. Lebensjahr auf 12 500 Lire (85.— DM) monatlich erhöht. Studiert das Kind nach Erreichung des 21. Lebensjahres noch weiter, so trägt der Vatikan bei entsprechendem Studienfortgang die Kosten des Studiums. Für im Haushalt lebende Eltern und unverheiratete Schwestern werden ebenfalls 10 000 Lire Familienzulage bezahlt. In den Genuß dieser Vergünstigungen kamen zum Zeitpunkt der Lohnerhöhungen 240 Ehe-

frauen, 410 Kinder und etwa 300 andere Verwandte. Benachteiligt sind die vom Vatikan abhängigen Familien gegenüber den italienischen Staatsbediensteten nur durch die äußerst hohen Mieten in vatikanischen Wohnungen, in denen sie zu wohnen verpflichtet sind.

Finanzielle Belastung

Durch diese Gehaltsaufbesserung stiegen die Personalkosten des Vatikans von jährlich 2,8 Milliarden Lire (über 19 Millionen DM) um 1,5 Milliarden Lire (über 10 Millionen DM) auf etwa 4,5 Milliarden Lire (fast 30 Millionen DM). Bei den Empfängern der höheren Einkommen, deren Zuwachs prozentual nicht so stark gestiegen ist und auf denen durch ihr Amt mannigfaltige Verpflichtungen lasten, stieß diese Neuordnung auf manche Kritik. Dazu erklärte Kardinalstaatssekretär Tardini auf einer Pressekonferenz: „Wären nun auch die höheren Gehälter entsprechend gesteigert worden, so hätten die Finanzen des Heiligen Stuhles eine Last zu tragen gehabt, der sie einfach nicht gewachsen sind. Nach einem Wort Johannes' XXIII. ist die Kirche kein auf Gewinn berechnetes Unternehmen, aber sie ist auch kein Bankrottunternehmen — und da nicht alle gleichmäßig beteiligt werden konnten, zögerte der Papst keinen Augenblick, die kleinen Leute zu bevorzugen, für welche die Erhöhung des Gehaltes nicht die Anschaffung eines neuen Autos, sondern vielleicht einen neuen Mantel für das älteste Kind bedeutet.“

Finanzquellen

Die Gehälter der vatikanischen Arbeiter und Angestellten werden meist aus den Beträgen des Peterspfennigs gedeckt, also aus den Summen, die die Katholiken der ganzen Welt dem Heiligen Stuhl durch die einzelnen Diözesen zuwenden. „Damit 4,5 Milliarden Lire etwa aus Kapitalzinsen

Folgende Auswahltabelle zeichnet in groben Zügen die neue Gehaltspyramide:

Stellung	Früheres Gehalt		Neues Anfangsgeh.		Erhöhung alle 2 Jahre		Endgehalt		Erhöhung des Anfangsgehaltes in %
	Lire	DM ca.	Lire	DM ca.	Lire	DM ca.	Lire	DM ca.	
Kardinal	350000	2380	400000	2720	—	—	400000	2720	14%
Sekretäre der Kongregationen, Nuntien, Richter und Spitzenfunktionäre des Vatikanstaates	187000	1270	220000	1485	6000	40	280000	1845	12%
Sektionschef	151250	1030	165000	1125	6000	40	225000	1520	9%
Höherer Beamter und Offizier	110000	735	127500	865	5500	37	182500	1260	16%
Leitender Angestellter	98750	654	117500	780	5000	34	167500	1115	19%
Bürogehilfe der untersten Kategorie	51500	340	70000	465	3000	20	100000	680	36%

Diese Grundgehälter gelten (ohne Familienzulagen) für eine 36-Stunden-Arbeitswoche

bezahlt werden können, müßte der Heilige Stuhl über ein Kapital von 90 Milliarden Lire (etwa 630 Millionen DM) verfügen — und leider hat er solche Kapitalien nur nach den Informationen gewisser Zeitungen und Zeitschriften, aber nicht nach den Büchern der vatikanischen Güterverwaltung“, stellte Kardinal Tardini fest.

Aus Süd- und Westeuropa

Spanische Erwartungen zum kommenden Konzil

Die Ankündigung eines Ökumenischen Konzils hat in der ganzen Welt außerordentliche Hoffnungen und Erwartungen geweckt. In Spanien hat die sehr lebendig gestaltete kirchliche Wochenzeitschrift „Vida Nueva“ (Madrid-Barcelona, 21. 11. 59) sechs im öffentlichen Leben stehende Katholiken — vier Laien und zwei Priester — um ihre Meinung befragt, was sie vom kommenden Konzil erwarten. „In der Familie können, ja sollen die Kinder über die Probleme oftmals ihre eigene Meinung haben. Wir wissen, daß es den Eltern nur recht ist, wenn sie erfahren, was ihre Kinder denken. Wie in einer Familie — wohl wissend, daß wir auch irgendeine Dummheit sagen können — haben wir uns also gefragt, was das Ökumenische Konzil nach unseren Vorstellungen behandeln sollte. Jeder hat das geschrieben, was ihn im Herzen bewegt und worum er Gott bittet, daß er die Väter des Konzils erleuchte.“ Alle sechs Stellungnahmen widerlegen das gängige Klischee vom spanischen „Integralismus“ und „Dogmatismus“ und scheinen über die Grenzen Spaniens hinaus die öffentliche Meinung unter den Katholiken widerzuspiegeln.

„Es ist so viel, was wir reformiert sehen möchten“

„Lohnt es die Mühe und ist es überhaupt möglich, hier Einzelheiten zu nennen, da es doch so viel ist, was wir reformiert sehen möchten — und das nicht nur bei den Söhnen, den Kleinen, sondern nach unserem Urteil auch bei den Vätern, der Hierarchie?“ (J. M. García Escudero, Schriftsteller). „Wir leben in einer Epoche der Annäherung, der Überwindung der Grenzen, einer einmaligen Konjunktur für die Katholizität. Für die Christen hat sie das Zeichen der Liebe. Unter diesem Zeichen der Liebe und der Annäherung erwarte ich vom Konzil eine Anweisung zur *Demut* für Regierende und Regierte — für die *Ecclesia docens* und die *Ecclesia discens* —, die sich umsetzt in den *Dienst* für den Mitmenschen. Das bedeutet: weniger ‚Abstand‘; denn die Autorität darf niemanden in die Flucht jagen und darf sich nicht in jener kalten Atmosphäre äußern, mit der sie bisher im allgemeinen dem Christen begegnet...“ (Antonio Castro, Weltpriester). „Liebe zu den Juden, zu den Protestanten und den Sündern, Liebe zu den Unbekannten, zu den Dieben und Politikern, Liebe zu allen!“ (J. M. Pérez Lozano, Publizist).

Um die Einheit der Christen

„Meines Erachtens sollte das Konzil keine Glaubenswahrheiten definieren, die nicht unbedingt notwendig sind. Jedes neue Dogma entfernt die von der römischen Kirche getrennten Christen noch mehr. Dagegen würde es mich freuen, wenn einige disziplinäre Fragen gelöst würden. Z. B. daß wir ein beredteres Zeugnis evangelischer Armut gäben, in erster Linie wir Ordensleute, aber dann auch die Weltpriester, die Bischöfe und der Vatikan; dieses Gebiet

bildet für manche Menschen ein Hindernis zur Konversion... Oder daß es nicht so viele Ordensgemeinschaften gäbe, vor allem nicht so viele Frauenorden, und daß sich die Nonnen einer besseren geistlichen Formung widmen...“ (Francisco Zurbano SJ, bekannter Publizist). Pater Zurbano wünscht sich vom Konzil die Heiligsprechung Papst Pius' XII.

„Ich wünschte, das Konzil werde kein Hindernis, sondern ein geräumiges Flußbett für die Einheit der an Gott Glaubenden. Das ist ein schwieriges Ziel, wie die Kirchengeschichte zeigt, in der manche dunklen Seiten mit Konzilien verbunden sind. Bitten wir Gott, er möge uns jetzt die große Gnade der Glaubenseinheit und der Liebe geben — sowohl in der Schwangerschaft des Konzils wie in der Abwicklung seiner Sitzungen. Ich wünschte, das Konzil werde dem Menschen unserer Zeit etwas sagen. Zum Schauspiel der versammelten Kirche sind nicht nur die Engel und die Heiligen, ja nicht einmal nur die Priester und die Gläubigen eingeladen; es wird viele andere Menschen geben, die zuschauen und zuhören, um zu sehen, ob wir uns lieben. Um dieser Menschen willen — Gläubige oder nicht — bedarf das Konzil einer vitalen Sprache, eines erhebenden und weittragenden Inhalts, einer einladenden Botschaft. Gott will kein Konzil für Theologen, Kanonisten, Apostoliten und damit basta; Gott will — weil wir ihn so glühend darum bitten — ein Ökumenisches Konzil im weitesten Sinn des Wortes!“ (Ángel Orbeagozo, der junge Chefredakteur der kirchlichen Nachrichtenagentur PA).

Die Laien als Handlanger

Die Problematik des Verhältnisses von Priestern und Laien spielt in Spanien — wie in allen romanischen Ländern — eine unverändert große Rolle. Fünf der sechs Autoren erhoffen eine Klärung der Stellung des Laien in der Kirche. „Ich wollte, der Laie würde nicht mehr als bloßer Handlanger betrachtet... Ich glaube, daß die Kirche die Fülle ihrer erzieherischen Fähigkeiten erst erreicht, wenn der Laie mit voller Verantwortung und genügender Bildung seine Rolle in ihr spielen kann. Seine Rolle, versteht sich, nicht die des Priesters! Bis heute ist der Laie in den meisten Fällen verlassen und vergessen“ (Pérez Lozano).

María Salas, Leiterin in der Katholischen Aktion, wendet sich dabei gegen die Projekte eines Laiendiakonats. „Es gibt noch Hunderte von Priestern, die den größten Teil des Tages damit verbringen, in kirchlichen Büros zu sitzen, Häuser zu bauen, Filmclubs zu leiten oder Latein zu unterrichten. Ich will nicht sagen, daß sie dies nicht tun sollen; aber wenn sie etwas aufgeben, dann sollen sie dies aufgeben. Um so mehr als für verheiratete Diakone die Gefahr bestünde, daß sie mit der Übernahme neuer und für sie zweitrangiger Aufgaben ihre vordringlichen Pflichten als Familienväter und Glieder der Gesellschaft vernachlässigen. Alles in allem: Wenn die Priester mit ihren Aufgaben nicht mehr zurechtkommen, scheint es mir besser, daß sie statt einer Reform einfach den Laien das überlassen, was diese vielfach noch vorteilhafter verwirklichen können.“

Zum Abschluß der Beiträge wandelt der Herausgeber der Zeitschrift, J. M. Pérez Lozano, die gestellte Frage um in den Anruf zur persönlichen Verantwortung jedes einzelnen: „Was können wir selber schon jetzt für das Konzil tun?“

**Spanische
Priesterhilfe für
Lateinamerika**

Marcello Kardinal Mimmi, Sekretär der Konsistorialkongregation (die auch für alle Wanderungsfragen zuständig ist) und Präsident der Päpstlichen Kommission für Lateinamerika (CAL), die von Papst Pius XII. in den letzten Monaten seiner Amtszeit gegründet wurde, weilte Ende September 1959 in Spanien, um dort nacheinander an zwei kirchlichen Tagungen teilzunehmen. Zunächst trafen sich in der neuen Benediktinerabtei im „Tal der Gefallenen“ (Valle de los Caídos) die Diözesanbeauftragten und Auslandsseelsorger der Spanischen Katholischen Wanderungskommission, die mit der Internationalen Katholischen Wanderungskommission und mit dem Zwischenstaatlichen Europäischen Wanderungskomitee (ICEM) (beide Genf) zusammenarbeitet. Ihre Aufgabe ist die soziale und religiöse Betreuung der spanischen Auswanderer, die sich in den bisherigen drei Jahren ihres Bestehens auf 30 000 Familien erstreckte. Außer den organisierten Auswanderungsgruppen kommen monatlich durchschnittlich 500 individuelle Auswanderer aus eigener Initiative. Gegen eine Anzahlung von 40% vermittelt die spanische Kommission die Überfahrt; der Rest ist zinslos in 18 oder 24 Monatsraten zurückzuzahlen.

In Madrid feierte anschließend das Hispanoamerikanische Priesterhilfswerk (Obra de Cooperación Sacerdotal Hispanoamericano) unter dem Ehrenvorsitz von Kardinal Mimmi sein zehnjähriges Bestehen. Der Einladung des Präsidenten des Werkes, Erzbischof C. Morcillo González von Zaragoza, waren 42 spanische Kardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe gefolgt. Kardinal Mimmi betete bei der Eröffnung im Seminar des Werkes: „Möge sich Gottes Gnade von diesem Hause aus über Spanien und über Amerika ergießen, wo Spanien seine Sprache und sein Blut gelassen hat.“ Er erinnerte an die Verpflichtung der alten christlichen Länder Europas, den jungen Kirchen der Neuen Welt zu helfen. „Dabei fällt die erste Rolle Spanien zu, weil Spanien jenem Kontinent den Glauben und die christliche Kultur gab.“ Gegenwärtig wirken 400 spanische Priester in 72 lateinamerikanischen Diözesen; diese Zahl wird sich von Jahr zu Jahr weiter erhöhen. Spanien hat seit mehreren Jahren eine Flut von Priesterberufen, so daß alle Seminaristen überfüllt sind und bereits Bewerber abgewiesen werden müssen. Laufend werden neue Seminargebäude errichtet; Kardinal Mimmi weihte ein Haus, das ausschließlich der Vorbereitung der für Lateinamerika bestimmten Priester und Laien dienen wird.

Die Gesamtzahl der außerhalb Spaniens wirkenden spanischen Priester liegt bei 1800. Für die Missionsidee wird sehr viel getan. Durch 21 Städte zog kürzlich eine Missions-Wanderausstellung, die von 200 000 Personen besucht wurde. Auf 40 Tafeln wurden u. a. der Text der Missionszyklika Pius' XII. *Fidei donum* wiedergegeben und durch Graphiken und Schlagzeilen veranschaulicht. Mitte November fand im „Tal der Gefallenen“ in Anwesenheit von sechs spanischen Missionsbischöfen und in Zusammenarbeit mit dem Außenministerium eine Missionstagung statt, die sich mit der Lage und den Bedürfnissen der spanischen Missionare befaßte.

Priesterhilfe aus Nordamerika — SOS-Ruf des CELAM

Dem Priestermangel in Lateinamerika und den Möglichkeiten priesterlicher Hilfe war auch eine Tagung von Bischöfen der USA, Kanadas und Südamerikas gewidmet,

die sich Anfang November 1959 in Washington trafen. Es soll auch hier eine ständige Einrichtung geschaffen werden, wie sie von der kanadischen Bischofskonferenz unlängst bereits gebilligt wurde. An der Tagung in Washington, die von Kardinal Cushing geleitet wurde, nahm auch der Sekretär der Päpstlichen Kommission für Lateinamerika, Erzbischof Samoré, teil; Kardinal Mimmi nannte das Treffen „ein einzigartiges Ereignis in der Geschichte der Neuen Welt“. Auch der Heilige Vater hatte an die Tagung eine Botschaft gerichtet, in der er von der ständig wachsenden Sorge um die geistliche Situation in Lateinamerika spricht und zur Solidarität aller in der Liebe Christi aufruft.

Kardinal Cushing, der Erzbischof von Boston, erinnerte im Oktober anlässlich eines Besuchs in Irland daran, daß ein Drittel aller Katholiken der Welt in Lateinamerika leben. Innerhalb von 25 Jahren werde dieser Anteil auf die Hälfte angewachsen sein. Als dringendsten Bedarf nannte er 60 000 bis 70 000 neue Priester. Kardinal Mimmi bezifferte die Zahl der für eine ausreichende Erfüllung der Seelsorgsaufgaben erforderlichen Priester auf 160 000 — fünfmal mehr als der gegenwärtige Bestand. In Lateinamerika selbst ist die Lage nahezu trostlos; der schon bisher völlig unzureichende Priesternachwuchs ist sogar noch im Schwinden begriffen.

Der Lateinamerikanische Bischofsrat (CELAM) versammelte sich mit 16 Oberhirten im November 1959 in Fomeque (Kolumbien) zu einer zehntägigen Generalversammlung. In einer gemeinsamen Erklärung warnen sie vor dem Kommunismus, fordern die Schaffung einer gerechten Sozialordnung und empfehlen die kirchliche Soziallehre als beste Richtschnur für alle sozialen Bestrebungen. KNA (5. 12. 59) schreibt hierzu: „Zwei Drittel aller Lateinamerikaner sind unterernährt, die Hälfte ist obdachlos oder nur notdürftig behaust, über ein Drittel sind Analphabeten . . . Auf dem Hintergrund dieses Massenelends sowie der zunehmenden Wählerarbeit und Erfolge der Kommunisten kommt diese Erklärung der lateinamerikanischen Bischöfe einem *SOS-Ruf* an die Welt und die Weltkirche gleich.“

Aus Amerika

**Kirche und
Peronismus in
Argentinien**

Es scheint unmöglich, daß Argentinien politisch zur Ruhe kommt. Politische Krisen, Militärrevolten, Streiks, Bombenanschläge stellen die Zukunft der Regierung Frondizi, ja die demokratische Entwicklung des Landes immer wieder in Frage. Als jedoch Anfang Oktober ein von den kommunistischen und peronistischen Gewerkschaften gemeinsam angesagter Generalstreik schon kurz nach seinem Ausbruch wieder zusammenbrach, weil die Masse der Arbeiter der ausgegebenen Streikparole nicht gefolgt war, schien die Regierung eine erhebliche Stärkung erfahren zu haben, und es sah so aus, als werde das Volk ihr Zeit lassen, die wichtigste Grundlage einer Stabilisierung, die Behebung der wirtschaftlichen Notlage, ohne ständige Beunruhigungen durchzuführen. Diese Hoffnung hat sich jedoch nicht erfüllt.

Zwei entscheidende Faktoren stellen sich in Argentinien einer durchgreifenden Neuordnung des Landes und der Gesellschaft entgegen: einmal die verhängnisvolle wirtschaftliche Lage, und dann das Fortbestehen der Anhänger-

schaft des ehemaligen Diktators Juan Perón. Die Peronisten bilden in der Innenpolitik und damit für die Stärke der Regierung das ausschlaggebende Gewicht. Nach dem Sturz des Diktators wurde seine Einheitspartei zwar verboten; aber bei den Präsidentschaftswahlen im Februar 1958 hatte sie sich durch Abgabe weißer Stimmzettel als eine Macht von immer noch 2 Millionen erklärter Anhänger gezeigt. Die Gewerkschaften sind zum großen Teil „peronistisch“ geblieben, sofern sie nicht unter kommunistische Führung gerieten. Die Arbeiterschaft hatte durch das Regime Peróns soziale Fortschritte machen können, die sie nicht vergaß; sie fühlte sich von der neuen demokratischen (liberal gesinnten) Regierung keineswegs in gleicher Weise betreut; und die sozialen Fragen sind in Argentinien — wie in ganz Lateinamerika — bekanntlich äußerst dringlich. Im Hin und Her der politischen Unruhen der letzten Zeit spielte die Frage, wie man die „Peronisten“ in das nationale demokratische Leben hinüberziehen und einordnen könne, stets eine große Rolle, und man machte ihnen bald mehr, bald weniger Konzessionen. Schließlich erschien sogar wieder eine „Justizialistische Partei“ auf dem Plan, die sich auf die sozialen Ideen der Ära Perón berief, zugleich aber beteuerte, sie habe mit dem Ex-Diktator keinerlei Verbindung und sei durchaus demokratisch. Trotzdem ist die peronistische Erbschaft eine völlig undurchschaubare Masse, ebenso sehr, weil das gewissen Elementen der Führung nur recht ist, als auch weil die große Masse der Arbeiterschaft keinerlei klare Vorstellung von ihren politisch-sozialen Zielen hat und daher Agitatoren leicht zugänglich ist. Die peronistischen Gewerkschaften arbeiten jedenfalls auch aufs beste mit den Kommunisten zusammen.

Die Kommunisten in Argentinien

Die kommunistische Partei gehört zwar auch heute noch zu den kleinsten politischen Organisationen des Landes: im letzten Januar zählte sie offiziell 76 000 Mitglieder. Man kann schätzen, daß sie seither um rund 10 000 Mitglieder gewachsen ist. Wenn man die Wahlstimmen abschätzt, die der kommunistischen Partei heute zufallen würden, so kommt man (von Provinzial- und Bezirkswahlen schließend) heute auf rund eine halbe Million von 10 Millionen Wahlstimmen. Aber wenn diese Proportion auch noch bescheiden erscheint, so sind die Geldmittel, die der Partei zur Verfügung stehen, um so größer. Man hat im letzten Jahr die Ausgaben der Partei auf rund 50 Millionen Pesos geschätzt, von denen 20 Millionen durch Sammelaktionen und Mitgliedsbeiträge zusammengekommen sein mögen, der Rest aber offenbar aus dem Ausland stammt. Mit diesen Geldern konnte die kommunistische Partei in Argentinien einen umfangreichen Propagandaapparat aufziehen. Sie besitzt eine Tageszeitung, „La Hora“, mit einer Auflage von 100 000 Exemplaren, eine Wochenzeitung, „Nuestra Palabra“, mit ebenfalls einer Auflage von 100 000 Exemplaren. In Rosario erscheint eine Tageszeitung für die Landbevölkerung, „Nuestra Tierra“, der eine unentgeltliche juristische Beratungsstelle zur Verteidigung der Rechte der Landarbeiter und Pächter angeschlossen ist. Als offizielles Organ der Parteizentrale erscheint die Monatsschrift „Nueva Era“, und schließlich gibt die Propagandakommission noch ein Bulletin, „Hacia las Masas“, heraus. Daneben erscheinen aber noch eine ganze Reihe Zeitschriften und Zeitungen von kommunistischen Tarnorganisationen. Es besteht die große Gefahr,

daß die ehemaligen Anhänger der Diktatur oder auch nur Nutznießer des peronistischen Systems in dieses kommunistische Lager abwandern. Um dem entgegenzuwirken, bemühen sich eine ganze Anzahl von Oppositionsparteien im Parlament um sie, und auch die katholische Kirche sieht es als eine wichtige Aufgabe an, diesen Teil der Bevölkerung einerseits vor dem Kommunismus zu bewahren, andererseits in seinen sozialen Rechten zu stützen.

Das Vorspiel der kommenden Wahlen

Die innerpolitischen Spannungen in Argentinien nahmen erneut an Schärfe zu, seit der Termin für die Teilerneuerungswahlen für das Parlament festgesetzt wurde: am 27. März 1960 soll die Hälfte des argentinischen Parlaments neu gewählt werden. Ein erstes Problem erhebt sich dabei durch die Frage, ob man bei dem bisher gültigen Mehrheitswahlrecht bleiben oder stattdessen das Verhältniswahlrecht einführen soll. Auch bei dieser Entscheidung spielt die Frage der Einbeziehung der Peronisten in das staatliche Leben eine entscheidende Rolle. Nicht nur, daß bei den Wahlen von 1958 infolge des Mehrheitswahlrechts ungefähr 30% der Wähler, d. h. nahezu 3 Millionen, keine Vertretung im Parlament gefunden haben; man ist heute der Meinung, daß man, bei Annahme des Verhältniswahlrechtes, ohne Gefahr eine peronistische bzw. justizialistische Partei zulassen könne, da diese (wie sich bei diesjährigen Provinzwahlen gezeigt zu haben scheint) heute nicht mehr als 20% der Stimmen erhalten könnte und im parlamentarischen Spiel höchstens 30 von 187 Sitzen erhalten würde. Man wüßte dann, woran man mit diesen Leuten ist, während sie jetzt als anonymes Gewicht ein ständiges Element der Unruhe bilden. Diese Berechnung ist natürlich sehr umstritten. Andere glauben, die peronistischen Massen auf andere Weise in den demokratischen Staat einordnen zu können und zu sollen, und zu diesen gehört, wie gesagt, auch ein Teil der Katholiken und der Hierarchie. Das Vorgehen einiger hoher kirchlicher Würdenträger in diesem Bereich hat erhebliches Aufsehen erregt und z. T. sehr unfreundliche Kommentare gefunden. Was ist wirklich geschehen? (Wie bei allen lateinamerikanischen Vorgängen sind natürlich die letzten Hintergründe schwer zu erfassen, weil jeder Bericht aus parteiischer Quelle stammt.)

Die Rolle des Erzbischofs Plaza von La Plata

Im September 1959 veranstaltete Erzbischof Antonio Plaza von La Plata, einem hochindustrialisierten Gebiet, eine „Soziale Woche“, auf der die katholische Soziallehre besser bekannt gemacht werden sollte. Zur Teilnahme waren Arbeiter aller politischen Richtungen aufgefordert worden, Kommunisten und Peronisten mit eingeschlossen. In der Tat waren die meisten Arbeiter, die an der Sozialen Woche teilnahmen, Peronisten, und einige, wie Erzbischof Plaza später zugeben mußte (nach NCWC News Service, 19. 10. 59), waren zweifellos von ihren Gruppen oder Gewerkschaften mit dem ausdrücklichen Auftrag hingeschickt worden, Unruhe zu stiften. Aber was Presseberichte daraus gemacht haben, bezeichnete Erzbischof Plaza als Irreführung. Kurz darauf folgte der argentinische Eucharistische Nationalkongreß in Córdoba. Päpstlicher Legat bei diesem Kongreß war Kardinal Cento. Erzbischof Plaza, der an dem Eucharistischen Kongreß teilnahm, hat, wie gewisse Zeitungen es ausdrückten, eine „Abordnung der peronistischen Partei“ bei Kardinal

Cento eingeführt. Diese Abordnung überreichte dem Kardinal eine Bittschrift, in der er darum gebeten wurde, bei der argentinischen Regierung die Zulassung der Peronistischen Partei zu den Wahlen im März 1960 zu befürworten. Die Bittschrift soll auch darum gebeten haben, dem Leichnam Eva Peróns in Argentinien eine würdige Grabstätte zuzugestehen und die Aufhebung der Exkommunikation Juan Peróns, des ehemaligen Diktators, zu erreichen. Presseberichte meldeten auch, Erzbischof Plaza habe während seines Aufenthalts in Córdoba gesagt, die Zerstörung von Kirchen während der Revolution von 1955, die Perón zur Abdankung zwang, sei nicht, wie man allgemein sage, von Anhängern Peróns ausgegangen, sondern das Werk der Freimaurer. Etwas später wurde der Erzbischof auch im argentinischen Parlament properonistischer Umtriebe beschuldigt. Ein Mitglied der Partei der „Radikalen bürgerlichen Volksunion“ forderte sogar die Regierung auf, den Erzbischof seiner Stellung zu entheben unter der Beschuldigung, daß er sich in die Politik einmische.

Am 19. Oktober verteidigte sich Erzbischof Plaza gegen diese Vorwürfe in einer Fernsehsendung. Er erklärte, er habe gesagt, die Kirchenverfolgung in den letzten Jahren der Diktatur Peróns sei von den Freimaurern von Buenos Aires, Chile, Mexiko und Kolumbien unterstützt worden. Er fügte hinzu, er wolle die Peronisten nicht von dem Vorwurf der Kirchenverfolgung freisprechen; aber die Brandstiftungen bei Kirchen seien tatsächlich von freimaurerischen Kreisen innerhalb der peronistischen Bewegung ausgegangen, und in Arbeitervierteln seien — trotz der peronistischen Haltung der Arbeiterschaft — keine Kirchenverbrennungen vorgekommen. Der Erzbischof gewährte um dieselbe Zeit der nordamerikanischen katholischen Nachrichtenagentur NCWC News Service ein Interview, in dem er in bezug auf die Soziale Woche sagte: „Wir haben jedermann aus den Läden, Fabriken und von anderen Arbeitsplätzen eingeladen. Zweifellos war die Mehrzahl peronistisch oder justizialistisch eingestellt . . . Daß eine Entfremdung der arbeitenden Schichten von der Kirche besteht, ist offenkundig. Dagegen müssen wir ankämpfen. Die Soziale Woche hatte dieses Ziel. Die Arbeiterklasse soll die Soziallehre der Kirche kennenlernen, und wir haben schon viel erreicht.“ Der Erzbischof gab an, es seien ungefähr tausend Teilnehmer zu der Sozialen Woche erschienen, und 85 % davon seien wirkliche Arbeiter gewesen. Die Berichterstattung sei darum irreführend gewesen, weil sie Nebensachen zur Hauptsache gemacht habe. Man habe darauf hingewiesen, daß der Name Peróns mehrere Male aufgetaucht sei (einzelne Teilnehmer beriefen sich z. B. auf ihn). Der Name des Heiligen Vaters sei hundertmal genannt worden, aber die Berichte hätten das nirgends erwähnt.

Der Erzbischof von La Plata ist mit diesen Handlungen und Äußerungen mitten in die Werbung der Parteien um die Anhänger des ehemaligen Diktators hineingeraten. Gewisse Kreise, vor allem das Militär, lehnen jede Aussöhnung mit den Peronisten absolut ab und erheben aus dieser Einstellung heraus heftige Vorwürfe gegen den Erzbischof und gegen die katholische Kirche überhaupt, bei der sie ein Bestreben zur Aussöhnung mit den Peronisten wahrnehmen. Am 23. Oktober ist sogar vor dem bischöflichen Palais in La Plata eine Bombe explodiert, und eine Handgranate wurde in die Bibliothek des Erzbischofs geworfen. Kirchliche Kreise gaben dagegen be-

kannt, daß es sich bei der Haltung der Kirche gegenüber den Peronisten (die gleiche Haltung wie Erzbischof Plaza nehmen auch die Erzbischöfe von Córdoba und Tucumán, zwei Hochburgen gegen die Übergriffe der Diktatur im Jahre 1955, ein) nur um einen Befriedigungsversuch im christlichen Sinne des Vergebens und Vergessens handle, keineswegs aber um eine Rechtfertigung der Verbrechen des ehemaligen Diktators oder um seine Rehabilitierung. Unterlagen über die gesamten Vorgänge wurden an den Vatikan geschickt.

Politische Schwierigkeiten der Arbeiterseelsorge

Diese ganzen Ereignisse zeigen nur, wie schwierig die Lage der Kirche in Argentinien — und in allen anderen Ländern mit ähnlichen sozialen Verhältnissen — ist. Die Auseinandersetzung mit den Ideen der ehemaligen Diktatur ist zwar eine rein argentinische Angelegenheit; Peronisten und Kommunisten stehen hier nahe zusammen und sind die einzigen organisierten großen Gruppen, mit denen die Kirche sich auf einem ihrer wichtigsten Arbeitsfelder auseinandersetzen hat: es geht um das Heil der Arbeiterwelt. In Argentinien ist der größte Teil der Arbeiterschaft in den Gewerkschaften peronistisch oder kommunistisch organisiert. Wenn die Kirche sich der Arbeiter annehmen will, kann sie nur in Kreise gehen, die eben diesen Ideologien anhängen. Wie weit sie dabei gehen kann, das kann nur von Fall zu Fall, nicht aber prinzipiell entschieden werden. Auch innerhalb der katholischen Kreise Argentiniens gehen z. B. die Meinungen über die Richtigkeit und sogar über die Ehrlichkeit des Vorgehens Erzbischof Plasas weit auseinander. Erzbischof Plaza wird in Argentinien der „Bischof der Arbeiter“ genannt. Er hat zur Zeit der Herrschaft Peróns keineswegs mit diesem paktiert, sondern ist im Gegenteil im Juli 1955, mitsamt allen seinen Domherren, ins Gefängnis geworfen worden. Steht er jetzt — wie z. B. auch die katholische Tageszeitung „La Nación“ und verschiedene katholische Organisationen annehmen — auf der extremen Rechten der nationalistischen Katholiken? Das ist kaum anzunehmen. Andererseits läßt sich auch nicht voraussagen, ob er mit seiner Hinwendung zu den peronistisch oder kommunistisch organisierten Arbeitern, um ihnen die kirchliche Soziallehre nahezubringen, Erfolg haben wird.

Gegenüber der Arbeiterschaft bemüht sich der Erzbischof von La Plata um den Beweis, daß die Kirche eine Soziallehre hat, die ihrem wahren Wohl mehr dient als die Ideologien, von denen sie sich bisher haben verführen lassen. Er muß gleichzeitig aber auch gegen den Katholischen Landwirteverband (dem die konservativen Kreise der Landbesitzer angehören) die in der Provinz Buenos Aires vorgesehene Agrarreform als nicht „marxistisch inspiriert“ verteidigen. Die sozialen Fragen werden offenbar in Argentinien — wie man gerade an diesem Beispiel deutlich sieht — infolge der politischen und wahltaktischen Spannungen nicht objektiv betrachtet, sondern nur noch unter parteipolitischen Gesichtspunkten. Für die Kirche besteht das Problem, gleichzeitig ihre Mission gegenüber den Armen und Entrechteten zu erfüllen und sich nicht in dieses Spiel hineinziehen zu lassen. Für den Beobachter ist es jedoch schwierig, zu erkennen, wo es wirklich um soziale Ziele geht oder wo das machtpolitische Spiel im Vordergrund steht.

Daß die verfolgte Kirche Chinas in der heiligen Lebensgemeinschaft mit der ganzen katholischen Christenheit einen wirksamen Rückhalt finde. Missionsgebetsmeinung für Februar 1960

Zuletzt vor einem Jahr gab die Herder-Korrespondenz (13. Jhg., S. 183—187) bei Darstellung der Missionsgebetsmeinung für Februar 1959 einen zusammenfassenden Überblick über die verfolgte Kirche in China, und zwar unter dem Gesichtspunkt eines drohenden Schismas. Waren doch am 13. 4. 1958 unter dem Druck der Regierung

dort die ersten unerlaubten Bischofsweihen erfolgt. Inzwischen hat sich der Würgegriff, mit dem das kommunistische Regime das Leben der Kirche zu ertöten sucht, nicht gelockert. Entsprechend stärker ist auch die Lebensnot der katholischen Kirche in diesem riesigen Lande geworden. Aller äußeren Stützen beraubt, lebt sie tatsächlich nur aus ihren übernatürlichen Kräften weiter, und da sie trotz rigoroser Absperrung von der äußeren Gemeinschaft der Weltkirche so aufs stärkste mit der Gnadengemeinschaft der ganzen Kirche verbunden bleibt, ist es unsere heilige Pflicht, ihr die Hilfen reichlichst zu geben, die nach unserer Glaubensüberzeugung von der *communio sanctorum* die wirksamsten Hilfen sind, um ihr Überleben in dieser furchtbaren Bedrohung zu sichern: das Gebet und das Leidensopfer.

Zehn Jahre nach der kommunistischen Machtergreifung

Am 1. Oktober vorigen Jahres begingen die Kommunisten Chinas den zehnten Jahrestag ihrer Machtergreifung in der Hauptstadt Peking. Zu gleicher Zeit wurden die Christen sich bewußt, daß zehn Jahre der systematischen Verfolgung der Kirche durch die politische Zentralautorität Chinas vergangen waren. Sie werden erstaunt gewesen sein, daß diese Verfolgung erst zehn Jahre gedauert haben sollte. Denn in der ungeheueren Qual dieser Jahre wurde ihnen die Zeit zur Ewigkeit. Andererseits lag der Beginn der partiellen Drangsalierung der Katholiken tatsächlich schon viele Jahre vorher. In dem von der Agenzia Fides im Heiligen Jahr 1950 herausgegebenen Statistischen Handbuch über die Missionen (*Le Missioni Cattoliche dipendenti della Sacra Congregazione „De Propaganda Fide“*) leitete der Bearbeiter des China-Teils seine Ausführungen über die Lage der Kirche in China mit folgender Feststellung ein: „Es ist in diesem Augenblick (1949) nicht leicht, eine umfassende Darstellung der religiösen Situation in China zu geben. Zwar ist die Kirche im größeren Teil der Diözesen Chinas mehr oder weniger gelähmt, und in einigen von ihnen existiert sie nicht mehr als tätiger sozialer Organismus. Andererseits aber geht in einigen Diözesen die apostolische Arbeit doch noch weiter... Man kann aber, ohne die tatsächlichen Gegebenheiten zu verzeichnen, sagen, daß die allgemeine Entwicklung immer mehr in Richtung auf die vollständige Erdrosselung des religiösen Lebens geht.“

Es mag nützlich erscheinen, hier noch einmal zu zeigen, was die katholische Kirche Chinas, im Lichte der Statistik gesehen, im Jahre 1947 darstellte, also zwei Jahre vor der endgültigen Festigung der kommunistischen Macht beim Einzug der Roten in Peking am 1. Oktober 1949. Diese Angaben, die das genannte Statistische Werk als letzte zuverlässige Gesamtstatistik der Chinakirche zugrunde legte, geben 145 Sprengel an. Es ist eine schier endlose Reihe von Jurisdiktionen, die hier, nach 20 bürgerlichen Provinzen aufgliedert, aufmarschieren. Wie bei allen

Missionssprengeln des ganzen Handbuchs sind die Angaben so geordnet, daß knappen statistischen Daten kurze Erläuterungen über geographische Lage und geschichtliche Entwicklung der Mission beigegeben werden. Von den 435 Seiten des Buches, die der Aufzählung der Missionsgebiete der „Propaganda Fide“ gewidmet sind, kommt ein volles Fünftel allein auf die Kirche Chinas! Und während damals in der ganzen Missionswelt erst 180 ordentliche Diözesen eingerichtet waren, alle übrigen Gebiete aber noch juridisch das Merkmal des Übergangstatus zur vollen Selbständigkeit trugen, bestanden in China schon 90 Diözesen. Mit anderen Worten: Die volle Hälfte aller Missionsdiözesen kam auf China! Von den Missions- bzw. Kirchenleitern waren 33 Chinesen. Wie ein riesiges Netz mit ungleich großen Maschen, die in den küstennahen Gebieten enger, in jenen des Innern aber weiter gezogen waren, lagen die kirchlichen Jurisdiktionen über ein Gebiet von schier unermesslicher Größe ausgebreitet. Es war dies nicht nur ein Zeichen für die Verbreitung der Kirche in China, sondern auch für den festen Willen der kirchlichen Gesamtleitung, im größten Volk der Erde die größte Teilkirche der Gesamtkirche erstehen zu lassen. Das Fischernetz Petri war mit einem unerhörten Mut entfaltet worden. Die Organisation ging zweifellos dem wirklichen inneren Wachstum der Kirche in diesem Volke voraus, die nach vier Jahrhunderten moderner Missionsanstrengung der lateinischen Kirche erst im 20. Jahrhundert sich kräftig entfalten konnte und damals (1947) 3 251 347 Katholiken und 190 850 Katechumenen zählte. Immerhin muß man sagen, daß die hohe Zahl von 2542 einheimischen gegenüber 3046 ausländischen Priestern, 663 einheimischen gegenüber 414 ausländischen Brüdern, 4717 einheimischen gegenüber 2036 ausländischen Schwestern auf einen weit fortgeschrittenen Stand der Entwicklung der Kirche hinwies. Das gleiche gilt hinsichtlich des Schulwesens: 1559 Elementarschulen, 445 Mittelschulen, 156 höhere Schulen und 3 große Universitäten. 216 Krankenhäuser wurden von der Mission geleitet, ferner 847 Ambulatorien bzw. Armenapotheken. Dazu kam eine Reihe hochentwickelter überdiözesaner Einrichtungen, die das geistige Zusammenwachsen der Diözesen, die Vereinheitlichung wirksamer Seelsorgsmethoden, die Anpassung der Kirche an die Volkskultur usw. sichern sollten. Die äußere Organisation der Kirche war zwölf Jahre später vernichtet, die ausländischen Missionskräfte waren vertrieben, alle Missionswerke zerschlagen bzw. in kommunistische Hände übergegangen. Die einheimischen Katholiken sind einer mit modernsten psychologischen Methoden grausam arbeitenden Verfolgung ausgesetzt, die ihre Krönung in dem Versuch zur Schaffung einer von Rom getrennten staatshörigen katholischen Kirche fand. Das ist für die Kirche die Bilanz der zehnjährigen Kommunistenherrschaft, die am 1. Oktober 1959 zu Peking in Gegenwart des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow feierlich begangen wurde. Sicherlich hat die Mission psychologische und sachliche Fehler gemacht, vielleicht allzu viele. Darüber besteht schon eine wachsende Literatur katholischer Selbstkritik, die ihrerseits wiederum zum Teil Gegenstand innerkirchlicher Kritik geworden ist. Im großen gesehen stehen wir bei dem Schicksal der Chinamission vor einer überaus komplexen Erscheinung geschichtlicher Vorgänge und Entwicklungen, in die die Kirche in ihrer Sichtbarkeit hineingestellt war. Wer könnte behaupten, daß die China-Kirche heute blühen

würde, wenn sie in den letzten vierhundert Jahren „alles richtig gemacht“ hätte?

Für die Kommunisten ist die Zehnjahresbilanz auch nicht erfreulich. Durch den Kampf gegen die Religionen und die Methoden der Behandlung ihrer Untertanen („Volks-genossen“), die alle ähnlichen von Kolonialmächten gegen fremde Völker übertreffen, haben sie ungezählte Millionen enttäuscht und in den Untergrund des geheimen Widerstandes gegen ein Regime gedrängt, das vorgab, den „Willen des Volkes“ zu erfüllen und sich von ihm tragen zu lassen. Heute steht einem kleinen festgefügt diktorischen Apparat die Masse des Volkes in passivem (und nur bisweilen revoltierendem) Dulden gegenüber, jenem Dulden, das die asiatische Seele seit jeher gegenüber Systemen zeigt, die sie äußerlich nicht abschütteln kann, das aber seine Wirksamkeit zur Änderung der Verhältnisse immer wieder erwiesen hat. Keiner, auch kein katholischer Beobachter, wagt es vorauszusagen, wie lange sich das bestehende Regime hält. Daß es kein monolithisches System ist, liegt auf der Hand. Aus dem Vergleich mit dem kommunistischen Rußland lassen sich auch keine gültigen Schlüsse dieser Art ziehen. Dafür sind die Umstände und die inneren Voraussetzungen allzu verschieden. Zweifellos hat die Pekinger Regierung die Schraube des Systems mit der Gründung der Volkskommunen überdreht und sieht sich — bei wachsendem Verlust ihres Ansehens — genötigt, dauernd kleine Schritte rückwärts zu machen. Die gesellschaftliche Organisation und das Wirtschaftsleben sind gründlich durcheinandergebracht, und das Volk Chinas geht trotz unlegbarer materieller Fortschritte des Gesamtvolkes augenblicklich durch den grimmigsten Winter seit Beginn des Regimes.

Die Nachrichtenquellen über die Lage der Kirche

Der Überblick über die Lage in China wird dem Ausland zur Zeit besonders dadurch erschwert, daß die kommunistischen Zeitungen des Landes neuerdings bis auf wenige Blätter nicht mehr über die Grenze gelassen werden. Sie wurden bisher von spezialisierten Kräften interessierter ausländischer Regierungen und Organisationen eifrig studiert und in Informationsdiensten ausgewertet. Durch Vergleich und innere Kritik dieser Quellen suchte man die Wirklichkeiten zu ergründen, die hinter der propagandistischen Fassade verborgen waren. Man kann es begreifen, daß diese Ausforschungsarbeit dem Regime in Peking gerade in diesem Augenblick vielgestaltiger innerer Schwierigkeiten wenig angenehm ist. Deshalb vielleicht die verstärkte Abschirmung nach außen. Unter dieser Sperre leiden natürlich auch die katholischen Informationen über die Lage der Kirche, soweit man sie bisher notgedrungen zuerst aus kommunistischen Blättern entnehmen mußte, um sie dann zu studieren und mit anderen Informationen zu vergleichen. Es dürfte angebracht sein, einen Versuch zu machen, den Ursprung der Nachrichten über die Lage der Kirche einmal ganz allgemein darzustellen, um dann das Ergebnis der über diese Kanäle kommenden Ermittlungen aus dem letzten Jahr gedrängt wiederzugeben.

China hat zwei ausländische Enklaven direkt am Meer: Hongkong und Macao. An ihrer Aufrechterhaltung ist das kommunistische Regime aus manchen Gründen interessiert, vor allem aus handels- und devisenpolitischen Gründen. In Hongkong und Macao haben nicht nur die westlichen, sondern auch die kommunistischen Stellen ihre Geheimdienste. Macao ist nach der Hafenseite hin dem

rotchinesischen Ufer an verschiedenen Stellen fast so nahe wie das rechtsrheinische dem linksrheinischen Köln. Die Fahrt mit einem PKW zur Grenze hin dauert nur 10 Minuten. Von der Grenze flutet dauernd ein starker Lastwagenverkehr nach Macao, denn die Stadt lebt von den Lebensmitteln, die aus Rotchina einströmen. Flüchtlinge kommen in großer Zahl. Sie riskieren entweder nächtlich den Durchbruch durch die kommunistischen Grenzsicherungen, wobei viele ihre Leben lassen, oder versuchen auf Dschunken bei dunklen Regen- oder Sturmnächten das rettende portugiesische Ufer zu erreichen. Macao sah seine Bevölkerung im Jahre 1958/59 um 63 000 Menschen wachsen, fast alles Flüchtlinge. Darunter befanden sich auch viele Katholiken. Von Macao kann man in einer Dampferfahrt von wenigen Stunden das zweite große Flüchtlingszentrum Hongkong erreichen, das mit seinem Festlandsteil Kowloon direkt in Grenzverbindung mit Rotchina steht und in den letzten zehn Jahren über eine Million Flüchtlinge aufnahm, die durchaus nicht alle zu Lande das britische Territorium erreichten, sondern von allen möglichen Küstenplätzen Chinas aus Rettung suchten und fanden. Die starken katholischen Gemeinden von Macao und Hongkong haben, namentlich auf dem Weg über den Handelsverkehr, manche Möglichkeiten, Nachrichten zu geben und zu empfangen, wenn es auch oft dem Zufall überlassen werden muß, ob diese Nachrichten, anonym gegeben, ihr Ziel erreichen. Die Not macht hier erfinderisch. So kam die Papstzyklika *Ad Apostolorum Principis* nach Rotchina. Sie tauchte plötzlich überall auf. Kein Mensch wußte, woher sie kam. Und wenn jüngst gemeldet wurde, daß allen noch mit dem Apostolischen Stuhl in Verbindung stehenden Oberhirten, auch jenen, die im Gefängnis sind, die Nachricht von dem geplanten Ökumenischen Konzil übermittelt werden konnte, so liegt hier der Beweis vor, daß man in diesem Fall Informationen selbst hinter Kerkermauern gelangen lassen und die Bestätigung ihres Erhalts empfangen konnte. Aus den Berichten der Agenzia Fides in Rom geht ferner hervor, daß tatsächlich Briefe von hüben nach drüben gehen, besonders von Schanghai nach Hongkong. Über die Vorgänge in dem noch immer nicht gebrochenen Widerstandszentrum der Kirche in Schanghai lagen noch im ganzen letzten Jahr recht eingehende Berichte vor, die auf geheime Verbindungswege schließen lassen. Die Nachrichten kommen bezeichnenderweise fast stets aus großen Städten Rotchinas, fast nie aber vom Lande. In den Städten gibt es noch Katholiken, die in der Gruppe leben und sich als Gemeinschaft fühlen. Von dort geht der Handelsverkehr aus, der dann auch die beiden ausländischen Enklaven zu erreichen vermag . . . Die Briefe aus Rotchina sind nun in jüngster Zeit immer schweigsamer geworden. Man mag hier an Abstumpfung denken, an menschlich begreifliche Hoffnungslosigkeit hinsichtlich der äußeren Lage der Kirche. Die Hauptursache aber dürfte die wachsende Gefahr der Entdeckung und damit grausamer Strafe sein. Eine weitere Nachrichtenquelle sind die Reisenden, die aus Rotchina kommen, sei es, daß sie als Kaufleute etwa die Handelsmesse von Kanton besuchten und dann Macao ansteuern, sei es, daß sie auf Einladung der rotchinesischen Regierung unter Führung gewisse Teile Chinas besuchen können. Ihre Aussagen haben aus mancherlei Gründen meist nur begrenzten Wert. Bleiben dann noch die Zeitungen. Auf langen Umwegen, oft durch postalische Fehlsendungen, kommen bisweilen Lokalzeitungen, selbst aus

entlegenen Gebieten Chinas, nach Hongkong. Eine Anzahl von Parteiblättern aus den großen Städten konnte bis vor kurzem über den Zeitungsbuchhandel in Hongkong abonniert werden, nie aber die „Kirchenzeitungen“ der patriotischen Katholiken. Alle derartigen Versuche scheiterten. Andererseits sind oft ausländische katholische Blätter nach Rotchina gelangt. Zwei Exemplare der englischen Wochenzeitung „Universe“ konnten nach Mitteilung des Blattes jahrelang, in Streifen zerschnitten und in Paketen verborgen, nach China gesandt werden, bis die Kommunisten hinter das Geheimnis kamen. Ein drittes Exemplar ging unbeanstandet bis zum April 1959 an das Jesuitenobservatorium in Schanghai. Dann wurde erst die Sendung abgestoppt. Das bedeutet in nüchterner Klarheit, daß man sich bis dahin in der völlig isolierten Heldenkirche von Schanghai möglicherweise allein durch den „Universe“ ein vollständiges Bild über alle Vorgänge der Weltkirche machen und auch die Reaktionen der katholischen Gemeinschaft außerhalb der Grenzen Chinas auf die Kirchenverfolgung studieren konnte! — Seit November 1959 hat nun die chinesische Regierung die Belieferung der Zeitungshändler Hongkongs mit rotchinesischen Zeitungen bis auf eine (das Pekinger Parteiblatt) verboten. Auf Schleichwegen kommen (nach „New York Times“, Int. Ed., 23. 11. 59) trotzdem noch andere Zeitungen nach Hongkong, die für westliche Studienorganisationen am Ort bestimmt sind. Die Preise dafür sind aber „steil in die Höhe gegangen“. So müssen wir damit rechnen, daß die Informationen über die Chinakirche auf dem Presseweg immer knapper werden, zumal die chinesische Lokalpresse über die Versammlungen der patriotischen Katholiken und über die „Bischofsweihen“ nur noch am Rande berichtet. Ob man keine Freude mehr an der Entwicklung dieser Bewegung hat? Die besten Übersichten über das in Hongkong zusammenlaufende Material hinsichtlich der Lage der Kirche bot bisher die französische Ausgabe der Agenzia Fides in Rom, die von einem Jesuitenpater in Hongkong bedient wird, der im geistigen Leben der China-Kirche bis zu seiner Vertreibung eine bedeutende Rolle spielte. Wenn der Korrespondent der „Welt“ (7. 6. 59) von „einem sehr klugen Jesuitenpater“ spricht, den er in Hongkong aufsuchte und den er als „vaticanischen Beobachter“ bezeichnete, so dürfte es sich um die gleiche Person handeln.

Das religiöse Leben

Was sagen uns nun die Nachrichtenquellen über die Lage der China-Kirche im Jahre 1959? Aufschlußreich ist hier zunächst das Interview, das der Chef des staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten, Herr Ho, dem genannten Korrespondenten von „Die Welt“ gewährte. Er sagte, man habe präzise Zahlenangaben über die Kirche in China und führe über die Christen genaue Listen. Wahrscheinlich wird hier etwas dick aufgetragen, da man die Christen derart auseinandergesprengt hat, daß es selbst der chinesischen Geheimpolizei nicht möglich sein wird, alle zu erfassen, besonders jene nicht, die sich durch Wechsel des Aufenthaltsortes zeitig der Ausspähung entzogen. Interessanter ist aber die folgende Bemerkung des Kirchenministers: „Natürlich ist die Religionsübung in China frei. Das garantiert Artikel 88 der Verfassung. Aber sehen Sie doch selbst: diese Menschen sind doch gar keine Gläubigen. Sie sind abergläubisch. Die sog. Lehre, der sie anhängen, läßt sich wissenschaftlich nicht beweisen.

Sie laufen irgendeinem Unsinn nach. Sie sind also gar nicht religiös. Sie sind nur abergläubisch, und den Aberglauben werden wir bekämpfen.“ Damit wird offen enthüllt, warum die Regierung die papstfreie katholische Kirche in China gründete. Der Zweck ist, „die Bekämpfung des religiösen Aberglaubens“ um so besser sichern zu können, und diese schismatische Kirche ist zur religiösen Aushöhlung verdammt.

Wie steht es mit dem religiösen Leben der Katholiken? Auf dem Lande liegt es „in tiefem Schlummer“. Die Kirchen sind geschlossen, das Leben der Menschen ist kollektiviert und militarisiert, die Priester sind im Gefängnis oder in ihrem Wohnbezirk bei der Arbeit oder zu den Grenzen im Norden deportiert. Das Schweigen der Presse über das katholische Leben scheint echt zu sein. Dieses ist aus der Öffentlichkeit verschwunden und hat sich ins Haus, in die Familie zurückgezogen, soweit noch trotz der Verhaftungen, Deportierungen, Kollektivierungen die Familien in etwa zusammengeblieben sind. Aus den verschiedensten Gegenden Chinas kommen Nachrichten, daß die unter Leitung regierungshöriger Priester noch geöffneten Kirchen selbst an Sonntagen eine gähnende Leere aufweisen. Die Kommunisten sagen entschuldigend, alle Christen seien eben wie die übrigen im Arbeitseinsatz. Sicherlich meiden die Katholiken immer mehr diese Kirchen, sei es aus Opposition zum Regime, sei es, weil sie die „patriotischen“ Predigten satt sind, die keinen echten religiösen Gehalt mehr haben, sei es, daß sie wirklich wegen der Kollektivierung des Lebens keine Zeit mehr zum Besuch des Gottesdienstes haben. Die Kirchenmüdigkeit ist vielleicht zu einem gewissen Teil auch darin begründet, daß selbst den schlichtesten Katholiken der abenteuerliche Weg klar geworden ist, auf dem sie durch die patriotische Kirche geführt werden. Auf jeden Fall können die Kommunisten mit dem Kirchenbesuch gegenüber den ausländischen Besuchern keine Propaganda mehr machen. In Peking gehörte bis zum Jahre 1958 die Führung zu einem christlichen Gottesdienst zum Programm des chinesischen Intourist-Büros. Seitdem aber die vielleicht vier noch in Peking geöffneten katholischen Gotteshäuser bei den Sonntagsgottesdiensten nur noch ein paar hundert der einst 215 000—230 000 Katholiken anzuziehen vermögen, sind die Führungen nicht nur eingestellt worden, man verweigert vielmehr auch direkten Bitten ausländischer Besucher, zum Gottesdienst geführt zu werden, die Gewährung. Ähnlich steht es mit dem Kirchenbesuch in der großen katholischen Gemeinde von Schanghai, wo man zu Ostern vorigen Jahres anscheinend Hunderte von Nichtkatholiken in die Kirchen führte, um eine Euphorie des katholischen Lebens vorzutäuschen, nachdem schwere Beleidigungen der Kirche in der Öffentlichkeit zu einer Obstruktion der Katholiken in Form der Boykottierung der Gottesdienste geführt hatten.

Die schnell vorgetriebene Kollektivierung der Schulen, in denen die aus den Familien herausgerissenen Kinder wie in einem Pensionat leben, ermöglicht es den Kommunisten, den Einfluß der Eltern ganz auszuschalten und diese Kinder ideologisch ganz im Sinne ihrer Weltanschauung zu beeinflussen. Das Schulkollektiv erfaßt vor allem die ländlichen Gebiete. Darum müssen gerade auf dem Lande die katholischen Eltern fürchten, daß ihre Kinder antireligiös oder zum wenigsten areligiös erzogen werden. Hier ist die offene Wunde, an der die Kirche auf dem Lande verbluten kann, wenn die Kollektivierung des

ländlichen Lebens nicht wegen der sich häufenden Schwierigkeiten zurückgenommen werden muß.

Die äußere Verfolgung

Im Gegensatz zu anderen großen Städten mit beträchtlichen Katholikenzahlen, wo der äußere Widerstand der Katholiken gebrochen zu sein scheint, dauert der Kampf der Kommunisten mit den Katholiken Schanghais seit Jahren unvermindert an, obwohl gerade von dort der größte Teil der dynamischen jungen Katholiken, besonders der Studenten, schon lange verschleppt bzw. in Arbeitslager gesteckt wurde. Die über die Heldenkirche in Schanghai geschriebenen Artikel und Bücher könnten mit neuem Material aus dem letzten Jahr um neue Abschnitte bzw. Kapitel erweitert werden. Noch immer finden sehr zahlreiche Verhaftungen von Jugendlichen beiderlei Geschlechts statt, die nach monatelangen Indoktrinationskursen und moralischen Folterungen die Verschickung in Arbeitslager dem Verrat an der Kirche vorziehen. Alle diese jungen Menschen schauen verehrend zu ihrem Bischof Ignatius Kung (Kiong) auf, der nun schon im fünften Jahr, wahrscheinlich in Schanghai selbst, im Gefängnis ist. Neue Verhaftungen von Priestern und Ordensleuten (auch von Schwestern) werden immer wieder bekannt. Nach der Agenzia Fides befanden sich im August 1959 von 92 noch in China weilenden Jesuiten (die hauptsächlich im Bereich von Schanghai tätig waren) 41 im Gefängnis. Der Bericht fügt hinzu, daß andere Orden mit ähnlichen Zahlen aufwarten könnten. In Schanghai befanden sich Mitte 1959 von 100 Weltpriestern der Diözese 24 im Gefängnis oder waren deportiert. Alle nicht in Haft befindlichen Priester Schanghais müssen arbeiten. Die Versuche, progressistischen Priesternachwuchs heranzubilden, scheinen vollständig gescheitert zu sein, da man keinen Professorenstab schaffen konnte. Auch aus anderen Teilen Chinas hört man nichts darüber, wie der Nachwuchs an Priestern für die Reformkirche gesichert werden soll. Über die Zwangskurse für „Umerziehung“ in Schanghai, von denen jene für Priester und Ordensfrauen jeweils über ein Jahr bzw. über zehn Monate dauerten, liegen eingehende Darstellungen von Teilnehmern vor, die nach Hongkong gelangt sind. Sie nehmen den bekannten Verlauf. 300 Schwestern leben unter Bewachung in einem alten Kloster und werden jeden Tag in aller Frühe zur „Metallfabrik“ (frühere Jesuitenniederlassung Zikawei) geführt, wo sie zusammen mit Priestern sich an der „Schlacht um den Stahl“ beteiligen müssen, indem sie in kleinen Hochöfen einen (industriell unbrauchbaren) Gußstahl herstellen. Der Slogan dieser Arbeitserziehung lautet: „Im Ofen schmilzt man den Stahl, an den Ofen wird der Mensch umgeschmolzen.“ Ein Teil der widerspenstigen Priester und Ordensfrauen wurde deportiert, um weit weg von der Heimat im Straßenbau und bei anderen öffentlichen Arbeiten Verwendung zu finden. Von den 130 chinesischen Priestern des Jahres 1949 in Peking sind nur noch 20 frei, die anderen befinden sich im Gefängnis oder sind „auf Arbeit“. In Kanton sind alle Priester in einer chemischen Fabrik eingesetzt. Aus der Diözese Swatow (Provinz Kwangtung) wird berichtet, daß mehr als ein Drittel aller Priester in Haft ist. Die Lage des Klerus in allen Provinzen, aus denen Nachrichten vorliegen, wird von der Agenzia Fides als „ausnehmend bemitleidenswert“ bezeichnet. Zwei mit Namen genannte Priester (ein Jesuit und ein Franziskaner) sind

infolge der seelischen Torturen so schwer erkrankt, „daß sie mehr oder weniger den Verstand verloren zu haben scheinen“ (Fides, 6. 6. 59).

Die Massendeportationen in die Grenzprovinzen Chinas im Norden (Sinkiang, Tsinghai, Kansu, Mongolei) dauern an. Unter den Opfern befinden sich noch immer viele Priester und Ordensfrauen. Vor allem ist dort ein Teil der katholischen Jugend zu Zwangsarbeiten eingesetzt. In Schanghai gibt es keine einzige katholische Familie, von der nicht ein Mitglied zu den Grenzen deportiert ist (Fides, 6. 6. 59). Aus der Familie eines Priesters befinden sich 27 Mitglieder in Tsinghai (Fides, 27. 6. 59). Man vermutet, daß viele Priester und Ordensfrauen, über die man seit Jahren keine Nachricht hat, sich im Norden befinden. Den Priestern in diesen Arbeitslagern ist die Feier der hl. Messe generell untersagt. Über Todesfälle geben die Behörden keine Nachricht. Hie und da gelangt ein Brief aus den Grenzprovinzen auf Umwegen nach Hongkong.

Die Reformkirche

Über die Zahl der bisher unrechtmäßig, aber vielleicht gültig geweihten Bischöfe gehen die Schätzungen auseinander. Wir sind hier weitgehend auf kommunistische Quellen angewiesen. Nachdem nun in einem Fall die Nachforschungen ergaben, daß es sich um eine Falschmeldung handelte, muß man noch vorsichtiger im Urteil sein. Durchwegs zählt man 26 solcher Bischöfe, von denen anscheinend nur zwei im Jahre 1959 geweiht wurden (zu Kirin in der Mandchurei und in Peking). Über die seelische Situation der Weihenden und der Geweihten können wir wohl in allen Fällen kein Urteil abgeben, gleichfalls nicht über die objektive Gültigkeit dieser Weihungen, die ja nicht allein durch die Weiheformel übertragen werden, sondern beim Weihenden und beim Geweihten bestimmte objektive und subjektive seelische Voraussetzungen fordern. Ist es deshalb voreilig, alle diese Bischöfe als „Zwangsbischöfe“ zu bezeichnen, so ebenso, ohne weiteres hier von „schismatischen Bischöfen“ zu sprechen. Die amtlichen Erklärungen des Papstes und der römischen Instanzen proklamieren nirgends die Tatsache des vollendeten Schismas, sprechen aber das Wort „Schisma“ in dem Sinne aus, daß die unmittelbare Gefahr eines Schismas nicht mehr zu leugnen ist, eines Schismas allerdings, das unter anormalsten Bedingungen politischen Drucks sich entwickelt. Die Weihehandlung von Kirin im Vorjahr ist typisch für die Tatsache, daß hinter den Weihungen immer die diktatorische Geste des staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten und seiner örtlichen Beauftragten steht. Der für Kirin als Bischof ausersehene Priester hatte im Jahre 1951 gegen den französischen Ortsbischof Gaspais Stellung genommen, was ihn aber nicht davor bewahrte, unter der Auflage, keine priesterlichen Funktionen mehr auszuüben, in seine Familie zurückgesandt zu werden. Nun wurde er plötzlich nach sieben Jahren aus der Versenkung geholt und der Gemeinde von Kirin als Bischof aufgenötigt. Die Pläne, der patriotischen Kirche ein eigenes Oberhaupt (einen „China-Papst“) zu geben, scheinen der Verwirklichung noch nicht näher gekommen zu sein. Die Kommunisten hatten schon 1952 den Bischof Joseph Chou CM, eine der hervorragendsten Gestalten des Episkopats, als „Papst Chinas“ ausersehen. Seine Weigerung trug ihm fünf Jahre Haft ein. Im Jahre 1957 aus der Haft entlassen, nahm er sofort den Kampf mit der Patriotischen Kirche wieder auf. Dies führte dann zu

seiner Absetzung und zur Wahl eines Nachfolgers auf den erzbischöflichen Sitz von Nanchang (Kiangsi) im Oktober 1958. Seither lebt der Erzbischof in strengstem Hausarrest.

Man muß weit in der Geschichte zurückgehen, um eine schismatische Kirche zu finden, die so wenig von innen heraus Gestalt annahm und so sehr durch staatliche Einmischung auf den Weg gebracht wurde wie die chinesische Reformkirche. Vielleicht findet man überhaupt in der Kirchengeschichte keine ähnliche Erscheinung. Dementsprechend ist auch diese Kirche bis ins Mark politisiert. Und wo hat man je in einer jungen schismatischen Kirche erlebt, daß nach der Wahl eines Bischofs der Sprecher der Wähler vorschlug, die Kirche solle den Mut haben, sich von „irrationalen religiösen Systemen loszusagen und sich den Bedürfnissen der Produktion zuzuwenden“? So geschah es aber im Oktober 1958 bei der Absetzung des hervorragenden Erzbischofs Chou von Nanchang und seiner Ersetzung durch einen neuen schismatischen Bischof, der dazu noch von einer gemeinsamen Konferenz katholischer und protestantischer Vertreter gewählt wurde! Das Faktum der schismatischen Kirche in China scheint traurige Wirklichkeit zu sein, aber diese religiös ausgehöhlte Kirche wird nie zu einem Siegeszug durch das Land antreten können. Es gibt in Rußland eine dem Staat unterworfenen schismatische Kirche. Aber wie unvergleichlich erhaben steht sie in der Hut echter Religiosität über diesem Gebilde der chinesischen Kommunisten!

Die katholische Kirche Chinas ist heute mit ihrem Herrn ans Kreuz geheftet. Sie blutet aus tausend Wunden. Nichts ist naheliegender, nichts verdienstvoller, nichts wirksamer in der Hilfe für die Kirche des Schweigens in China, als wenn wir in diesem Monat bei jeder von uns besuchten heiligen Messe, in der das Kreuzopfer unblutigerweise erneuert wird, die gemartete Kirche Chinas dem Erlöserherzen Jesu empfehlen und die eigenen Opfer und Leiden dieses Monats ihm für unsere leidenden Brüder anbieten. Diese Hilfe ist eine übernatürliche Hilfe und damit die entscheidende Hilfe. Sie dringt in jedes Zwangsarbeitslager, in jedes Gefängnis, in jedes Haus, wo noch Katholiken um Kraft zum Leiden in schwerster Not ringen. Wir würden eine große Schuld auf uns laden, wenn wir hier nicht entschlossen die Folgerungen aus der Wahrheit zögen, die am Schluß der Enzyklika *Evangelii Praecones* (vgl. Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 548) zum Ausdruck gebracht wird: „Alle Christgläubigen bilden ja eine einzige große Familie, deren Glieder sich die Gnadenschätze der streitenden, leidenden und triumphierenden Kirche gegenseitig mitteilen.“

Errichtung der kirchlichen Hierarchie in Belgisch-Kongo und Ruanda-Urundi Papst Johannes XXIII. hat die Apostolischen Vikariate von Belgisch-Kongo und Ruanda-Urundi zu Diözesen erhoben und damit diesen Gebieten die eigenständige Hierarchie anstelle der Verwaltung durch die Kongregation für Glaubensverbreitung gegeben.

Der „Osservatore Romano“ hat dieses Ereignis in der gleichen Nummer vom 29. November 1959 mitgeteilt, in der er die große Missionszyklika Johannes' XXIII. *Princeps Pastorum* (vgl. ds. Heft, S. 170) veröffentlichte. Dadurch wird das Grundsätzliche dieses Schritts besonders hervorgehoben. Schon lange hat die Kirche nach dem

Grundsatz gehandelt, wo immer es die Verhältnisse erlauben, die Länder der neuen Christenheiten aus der Verwaltung der Apostolischen Vikare zu entlassen und ihnen eine eigene Hierarchie zu geben; solche Fälle sind im letzten halben Jahrhundert immer häufiger geworden und werden zweifellos noch zunehmen, wie man auf Grund der Missionszyklika erwarten kann. Besonders interessant ist die Entlassung von Belgisch-Kongo und Ruanda-Urundi aus dem Zuständigkeitsbereich der Kongregation für die Glaubensverbreitung, weil sie zeitlich ungefähr mit dem ersten entscheidenden Schritt zur politischen Unabhängigkeit, den vorgesehenen freien Wahlen, zusammenfällt (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 127 ff.) und nun der Sicherung der Kirche in einem möglicherweise bald vom bisherigen Mutterland unabhängigen und den verschiedensten geistigen Strömungen ausgelieferten Lande zugute kommen kann.

Die neue Regelung sieht acht Kirchenprovinzen vor, die ihre jeweiligen erzbischöflichen Sitze in Léopoldville, Coquilhatville, Stanleyville, Bukavu, Luluaburg, Elisabethville, Kabgayi und Kitega haben werden. Léopoldville hat 6 Suffraganbistümer, Coquilhatville 4, Stanleyville 5, Bukavu 4, Luluaburg 3, Elisabethville 4, Kabgayi 1 und Kitega 2. Einige dieser Kirchenprovinzen haben noch eine zugeordnete Apostolische Präfektur. Die bisherigen Apostolischen Vikare sind zu Bischöfen erhoben worden. Drei von ihnen sind Afrikaner: Joseph Nkongolo (Luebo in Belgisch-Kongo), Louis Bigirimwami (Nyundo in Ruanda) und Michel Ntuyahaga (Usumbura in Urundi). Ein augenblicklich vakanter Sitz (Goma) soll demnächst ebenfalls durch einen einheimischen Bischof besetzt werden. Zwei Diözesen in Belgisch-Kongo haben zudem eingeborene Weihbischöfe: Pierre Kimbondo (Kisantu) und Joseph Malua (Léopoldville). Die neue Ordnung betrifft in dem ganzen Gebiet zusammen 5,5 Millionen Katholiken unter 16,5 Millionen Einwohnern.

Zum letzten Mal hat ein ähnliches Ereignis stattgefunden, als Papst Pius XII. am 6. November 1955 Französisch-Äquatorialafrika, Französisch-Westafrika und Togo, Kamerun und Madagaskar die eigene Hierarchie verlieh (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 122).

Der Hunger in der Welt: Landerschließung und Kolonisation in Brasilien

Die Überzeugung, daß Menschen, die wo immer in der Welt materielle und dadurch auch häufig seelische Not leiden, geholfen werden muß, scheint sich bei uns in Deutschland mehr und mehr Bahn zu brechen. Im Laufe der letzten drei, vier Jahre zeichnet sich immer deutlicher der Wille, gerade unter der Jugend, ab, sich sowohl mit den Fragen der internationalen Not intensiver zu befassen wie auch persönlich etwas zur Bekämpfung der Ursachen jenes Symptoms, das wir „Hunger in der Welt“ nennen, zu leisten. Je mehr die Bereitschaft zum „Dienst auf Zeit“ zugunsten der Entwicklungsländer unter den jungen Menschen wächst, desto deutlicher wird freilich auch, daß es an notwendigen Vorkehrungen, die die jugendliche Spontaneität wirksam auffängt und in sinnvoller Aktion zum Zuge kommen läßt, bei uns weithin noch mangelt. Das Auswärtige Amt in Bonn klagt wohl darüber, daß es immer schwieriger werde, geeignete deutsche Experten für die Entwicklungsländer zu finden. Das ist jedoch bei der Bezahlung, die den für solche Aufgaben geeigneten Technikern und Fach-

leuten angeboten wird (die Bezahlung richtet sich nach den Sätzen deutscher Diplomaten im Ausland), nicht verwunderlich, vor allem auch, wenn man bedenkt, wie angespannt unser Arbeitsmarkt heute ist (auf 19 Stellungsgesuche kommt ein Stellung suchender Ingenieur, auf 46 ausgeschriebene Stellen ein Maschinenkonstrukteur). Was uns heute fehlt, sind Einsatzmöglichkeiten für „mittlere und untere Führungskräfte“ in den Entwicklungsländern, also nicht solche für Spezialisten, die wir nicht haben, weil unsere Planung des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses bisher fast nur auf die Deckung der innerdeutschen Verhältnisse abgestellt war. Unter „mittlere und untere Kräfte“ sind jene jungen Menschen zu verstehen, die vor oder nach dem Wehrdienst bzw. vor oder nach Abschluß ihres Hoch- oder Fachschulstudiums — jedenfalls vor dem Eintritt in das Berufsleben — ihre Kräfte und Fähigkeiten in den Dienst der „Entwicklung“ stellen wollen, die andererseits wissen, daß sie für verantwortliche Aufgaben noch zu jung sind, die aber glücklich wären, wenn sie unter der sicheren Führung eines erprobten Fachmannes ihren Willen zum Dienen in die Tat umsetzen könnten. Unsere verantwortlichen Stellen werden sich etwas einfallen lassen müssen, um dieses sich immer deutlicher abzeichnende Potential guten Willens zu heben und für die Entwicklungsländer fruchtbar zu machen.

Freilich wird andererseits auch immer deutlicher, daß gerade jene (jungen) Menschen, die die Notwendigkeit einer außerordentlichen Aktion für die Entwicklungsländer uneingeschränkt bejahen und bereit sind, hierbei mit gutem Beispiel voranzugehen, wohl eine Vorstellung über die allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zustände unserer Welt, besonders über das große Gefälle zwischen armen und reichen Ländern, heute haben, jedoch fast nie Kenntnisse über konkrete regionale Entwicklungsprobleme. Daher sind ihre Erwartungen und Vorstellungen häufig falsch, und Enttäuschungen bleiben sicher nicht aus, wenn sie heute vom Auswärtigen Amt oder privater Seite nach Asien, Afrika oder Lateinamerika im Rahmen der technischen Hilfsprogramme geschickt würden.

Notwendig wäre eine intensivere, spezialisiertere Information über konkrete Fragen der Entwicklungshilfe — auf breiter Basis. Diese Aufgabe ist von Presse und Funk allein nicht zu leisten. Hier haben der Staat und die Träger des gesellschaftlichen Lebens (Kirchen, Wirtschaftsverbände, Schulen und Universitäten) eine gemeinsame Aufgabe, nämlich Unterlagen und Erfahrungen zu vermitteln und auszutauschen, eine Aufgabe, die ohne ein Minimum an Willen zur Koordination und Kooperation nicht zu leisten ist. So wichtig und notwendig bis heute das Aufrütteln der Gewissen angesichts des „Hungers in der Welt“ auch war und ist — die Gefahr besteht, daß bei ständig gleichbleibenden Appellen die Sache zerredet wird, die Gewissen abstupfen und die Hochherzigkeit ermattet. Daher ist auf die Dauer eine intensivere Information unerlässlich, die um so wirksamer sein wird, je konkreter sie ist, und zwar auf breiter Basis. Denn die Aufgabe der „Entwicklung“ steht und fällt mit den Menschen, die sich ihr zur Verfügung stellen.

In der derzeitigen Situation, wo die noch keineswegs in die Entwicklungsfrage „eingestiegene“ deutsche Presse konkrete Unterlagen über Entwicklungsländer sich von weit her holen muß, wenn sie überhaupt sachlich berichten will (man kann als Regel in etwa folgenden Satz aufstellen:

je handfester die Unterlage, desto weiter ihr Weg), erscheint die Schrift von Johannes Schauff: *Landerschließung und Kolonisation in Lateinamerika* (Landschriften-Verlag GmbH, Berlin/Bonn 1959. 256 S.). Schauff, einst Reichstagsabgeordneter der Zentrumsparterie und rechte Hand Brünings in Siedlungsfragen, nach seiner Emigration Kolonisationsexperte in der Mandschurei und Brasilien, liefert zusammen mit ca. 20 Experten, die als Verfasser der Beiträge dieser Broschüre zeichnen, ein Beispiel, wie heute konkrete Entwicklungsprobleme aufzuarbeiten und einer weiteren interessierten Öffentlichkeit mitzuteilen sind.

Das Beispiel Brasilien

Schauff befaßt sich, was aus dem Titel der Schrift nicht unmittelbar ersichtlich ist, mit dem fundamentalen Problem aller Entwicklungsländer, der Steigerung des Sozialprodukts oder, negativ ausgedrückt, mit der Überwindung der chronischen materiellen Not. Bekanntlich kann dieses Ziel auf verschiedenen Wegen angesteuert werden, durch Landerschließung = landwirtschaftliche Expansion, durch innere Kolonisation in Verbindung mit Rationalisierung und Intensivierung der Anbaumethoden, ferner durch Abzug der an Arbeitskräften übersättigten Landwirtschaften in eine neu aufzubauende industrielle und gewerbliche Wirtschaft mit eigenen regionalen Märkten und Exportmöglichkeiten und schließlich durch die Koppelung beider Möglichkeiten. In der Praxis wird heute weithin der dritte Weg, die gleichzeitige Entwicklung von Landwirtschaft und Industrialisierung, verfolgt. Doch werden je nach den besonderen Voraussetzungen des betreffenden Entwicklungslandes in den Wirtschaftsprogrammen die Schwerpunkte der Entwicklung verschieden gesetzt. Trotz starker Ambitionen auch der lateinamerikanischen Staaten, zu industrialisieren, was angesichts ihrer reichen natürlichen Ausstattung an Bodenschätzen verständlich ist, bietet sich für den amerikanischen Subkontinent, insgesamt betrachtet, in der „Entwicklung“ seiner Landwirtschaften ein relativ leichter Weg zur Überwindung der materiellen Not; denn im Gegensatz etwa zu Indien, China und den übrigen Fernoststaaten, aber auch zu Ägypten, gehört Lateinamerika zu den unterbevölkerten Gebieten der Erde und verfügt über reiche Bodenreserven, die wiederum im Gegensatz zu den asiatischen Territorien ohne allzu große Schwierigkeiten kultiviert werden können. Die wichtigste Voraussetzung für die wirtschaftliche Erschließung des lateinamerikanischen Bodens sind dazu befähigte Menschen — die Größe (in der Rechnung) also, an der es Südamerika ganz besonders fehlt.

Im Falle Brasiliens, des größten lateinamerikanischen Staates, heißt das konkret: Obgleich das Land außerordentlich reich ausgestattet ist, mit Kautschuk, Ölen, Holz, Eisen (22—25 % der Weltreserven), Mangan, Edelsteinen, Bauxit, Uran, Erdöl, und obgleich Brasilien an erster Stelle der Kaffeeerzeugung der Welt steht, nach Ghana der zweitwichtigste Kakaoerzeuger ist, den sechsten Teil aller Baumwolle der Erde herstellt, beträgt das Pro-Kopf-Einkommen seiner Bevölkerung doch jährlich nicht mehr als 224 Dollar (gegenüber 1600 Dollar in den USA und über 900 Dollar in der Bundesrepublik), besitzt es heute noch 51,4 % Analphabeten und verfügt seine Bevölkerung über nicht mehr als täglich 2354 kal (gegenüber rund 3000 kal in den angelsächsischen und europäischen Ländern).

Daß der natürliche Reichtum des Landes der Bevölkerung

noch keinen Wohlstand (in unserem Sinne) sichert, hat freilich auch seine historischen Gründe (Kolonialwirtschaft und ihre Folgen). Aber im Zuge des Abbaus der ungünstig auf die Wirtschaft des Landes einwirkenden „Fremdfaktoren“ wird heute immer deutlicher, daß die Schwierigkeit, die der brasilianischen Wirtschaftsentwicklung im Wege steht, im Mangel an (zahlenmäßig) ausreichenden qualifizierten Menschen zu suchen ist.

Brasilien wird heute von 59 Millionen Menschen bewohnt, auf einen Quadratkilometer kommen bei dem 8,5 Millionen qkm großen Staatsgebiet 7 Einwohner. Die Durchschnittsdichte der Bevölkerung ist regional freilich sehr unterschiedlich. Sie schwankt zwischen 1 und 22 pro qkm. Da die Bevölkerungszahl jedoch unaufhörlich wächst — für 1980 rechnet man mit 105 Millionen Einwohnern, was einer Durchschnittsdichte von 12,4 Menschen pro qkm entsprechen würde —, müssen sich Staat und Regierung darum bemühen, die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes zu erschließen. Sie sind fast unbegrenzt vorhanden; denn bis heute werden erst 2 Prozent des Landes wirtschaftlich genutzt, das sind nicht mehr als 5 Prozent der wirtschaftlichen Nutzfläche des Landes. Wenn also Brasilien dank seiner hervorragenden natürlichen Bodenausstattung keine Sorgen für die Zukunft seines ständig wachsenden Volkes zu haben braucht — alle diese Menschen werden ja dringend bei der Erschließung des Landes benötigt —, braucht doch das Land eine qualifizierte Schicht von Pionieren, die dank ihrer Bildung, ihrer speziellen Kenntnisse, ihrer Härte und pädagogischen Fähigkeiten in der Lage sind, den Prozeß der „Entwicklung“ voranzutreiben. Diese Pionierschicht hat sich das Land — jedenfalls in der Vergangenheit — über den Weg der Einwanderung zu verschaffen gesucht.

Der Hauptstrom der ca. 5 Millionen Immigranten, die heute in Brasilien leben, kamen zwischen 1880 und 1930 ins Land. Nach dem zweiten Weltkrieg nahm die Einwanderung zu. Im Jahre 1953 betrug sie allein 80 000 Menschen. Heute setzt sich die Bevölkerung des Landes aus folgenden Rassen zusammen: 61,7% Weißen, 11% Neger, 26,6% Mulatten, 0,7% Indianern und Asiaten.

Kolonisation ist mit Risiken verbunden

Die Mehrzahl der Immigranten hat in der Vergangenheit in Brasilien gesiedelt. Trotz großer Anstrengungen war das Siedlungswerk nicht immer ein Erfolg. Zumal im 19. Jahrhundert, in dem die Auswanderung rein nach kaufmännischen Gesichtspunkten gehandhabt und der soziale Aspekt vernachlässigt wurde, war die Anzahl derer, die scheiterten, beträchtlich. Immer aber wenn sich ein überragender Kopf fand, der die Führung übernahm, wurde Erstaunliches geleistet. Insgesamt gesehen, kann weder von einem vollen Erfolg noch von einem totalen Mißerfolg der früheren Siedlungsversuche gesprochen werden. Die Ergebnisse sind zufriedenstellend. Nach dem zweiten Weltkrieg ging man in Brasilien dazu über, die Einwanderer nach bestimmten Gesichtspunkten auszuwählen. Auch war die brasilianische Regierung eine der ersten, die unter eigener Leitung Landsiedlungsprojekte durchführte, und zwar sowohl mit Einheimischen wie mit Ausländern. Alle Neusiedlungen in Paraná und in São Paulo wurden finanziell weitgehend von der Regierung oder den Internationalen Organisationen getragen. „Ihr Beispiel beweist, daß eine sorgfältige Vorbereitung, die es den Siedlern ermöglicht, ihr neues Leben auf den Höfen

unter günstigen Bedingungen anzufangen, von ausschlaggebender Bedeutung für den Erfolg bäuerlicher Einwanderung ist.“ Dennoch, so heißt es in der Schrift, kann trotz zehnjähriger Erfahrung mit der gelenkten Landsiedlung nicht mit Sicherheit gesagt werden, welches das beste Siedlungssystem ist. „Die Art, wie eine Siedlung am besten aufgezogen wird und wie die einzelnen Wirtschaften am besten geführt werden, muß zum großen Teil von dem verfügbaren Kapital, von dem Charakter der Siedler, ihren Sitten und Gebräuchen sowie von ihrer Ausbildung und ihren Fähigkeiten abhängen.“

Typen von Kolonisation

„Die verschiedenen Typen der Kolonisation richten sich in erster Linie nach der Art des Bodens, auf dem die Siedlung durchgeführt wird.“ Man unterscheidet zwischen Neuland und altem Land, das bereits kultiviert ist oder war. Das jungfräuliche Land ist entweder Urwaldboden oder offenes, nur mit Naturgräsern bewachsenes Camp-land. Der Urwaldboden übertrifft an Qualität das offene Land bei weitem. Für den Siedler ist der Anfang allerdings hier meist sehr schwer. Die Technisierung und die Schaffung von baumwurzelfreiem Pflugland benötigen viele Jahre. In dem weniger guten Camp ist die Bearbeitung des Bodens dagegen leichter. Die Technisierung ist eher möglich. Doch müssen bald Düngemittel verwendet werden, was mit einem größeren Kapitalbedarf verbunden ist. Ein Vorzug ist hier die Bildung übersehbarer Dorfgemeinschaften. Beide Formen von Landerschließung verlangen die Besiedlung eines größeren Gebietes, weil sonst die wirtschaftliche Kraft der Kolonie nicht ausreicht für ihre weitere Entwicklung; notwendig sind also die verkehrsmäßige Erschließung, die Entwicklung landwirtschaftlicher Nebenindustrien und ein wenn auch bescheidenes kulturelles Leben.

„Der zweite Kolonisationstyp, die Siedlung auf altem Land, und damit im Anschluß an entwickelte Gebiete, ist von vornherein grundverschieden (von der Neulandgewinnung), vor allem weil die Verkehrsbedingungen in bereits erschlossenen Gebieten viel günstiger sind.“ Alte, abgebaute Kaffee- und Zuckerrohr-Ländereien sind heute in Brasilien in großem Umfang vorhanden und oft billiger als fruchtbares Urwaldland. Aber da der Boden durch die Monokulturen zerstört ist, so daß die Landschaft fast immer steppenähnlichen Charakter hat, hat hier nur der erfahrene Landwirt bei großem Kapitalaufwand Erfolg. Am ehesten noch sind solche Ländereien für Vieh- und Milchwirtschaft brauchbar. In den letzten Jahrzehnten haben die europäischen Einwanderer praktisch bei Kolonisationsprojekten aller Typen mitgewirkt. „Die größten wirtschaftlichen Erfolge sind im allgemeinen bei geringstem Eigenkapital in der Form der Urwaldsiedlung mit persönlichem Eigentum erzielt worden, wenn der Siedlungsträger die Großkolonisation durchgeführt hat.“

Das Siedlungsverfahren heute

Früher wählten die Einwanderungsgruppen ihr Land selbst aus, bewohnten und bebauten es und wurden dadurch zu Eigentümern des Bodens. Auch heute noch gibt es große Landflächen in Brasilien, die weder registriert noch privates Eigentum sind. Aber diese Ländereien sind für Siedlungen meist ungeeignet. Die brasilianischen Föderalstaaten stellen Siedlungsstellen für Landsuchende zu geringem Preis zur Verfügung. Dabei wird zur Be-

dingung gemacht, daß das Grundstück bewohnt, bewirtschaftet und auf ihm ein Haus gebaut wird. Neben den staatlichen Initiativen gibt es auch solche privater Unternehmungen, die sich eine systematische Besiedlung von größeren oder kleineren Gebieten zur Aufgabe machen. Sie parzellieren das von ihnen erworbene Land und verkaufen es an Interessenten. Diese privaten Gesellschaften bauen auch Straßen, Kirchen, Schulen und andere öffentliche Anlagen in ihrem Siedlungsgebiet. Gleich ob es sich bei den Siedlungsgesellschaften um mehr caritative oder stärker wirtschaftlich-kaufmännische Organisationen handelt, immer gilt die Regel, daß die Siedlungsgesellschaft dann am meisten profitiert, wenn sich die Siedlung stark und rasch entwickelt. Die Interessen einer guten Siedlungsgesellschaft gehen mit denen der Siedler parallel.

Der heutige Siedler, der aus Europa kommt, erwartet ein geregelteres Leben auch in der neuen Umgebung, mit den Vorteilen der modernen Zivilisation. Elektrizität, motorisierter Straßenverkehr, fertige Gebäude, gerodetes Land und gesicherter Absatz für seine Produkte sind heute die Bedingungen, die er an die Siedlungsgesellschaft stellt. Diese haben sich auf die Wünsche ihrer Klienten eingestellt. Sie verkaufen nicht mehr nur das Stück Land am Wege, sondern „einen gerodeten, mit Gebäuden versehenen Landsitz, auf dem die ersten Kulturpflanzen schon wachsen und auf dem der Viehbestand Nutzen abwirft“. Der Anfang ist dadurch wohl erheblich leichter geworden, dafür ist auch der Kapitalbedarf viel größer als früher, „die Schulden sind bei der Übernahme höher, und es dauert länger, bis der Siedler schuldenfrei dasteht“. Der Kapitalbedarf eines brasilianischen Neusiedlers unterscheidet sich daher heute nicht mehr von dem eines Neusiedlers in Kanada oder Australien.

Guarapuava — eine Siedlung der Donauschwaben in Paraná

Ein Beispiel für das Auf und Ab einer europäischen Siedlung in Brasilien bietet die Entwicklung der Donauschwabensiedlung in Guarapuava (Paraná).

Auf Initiative des „Schweizerischen Caritasverbandes“ und der „Schweizer Europahilfe“ beschloß man 1951, 500 volksdeutsche Bauernfamilien in Brasilien anzusiedeln. Die Gruppe bestand aus insgesamt 2500 Personen, die aus dem Banat geflohen oder vertrieben worden waren und in österreichischen Flüchtlingslagern lebten.

Finanziert wurde der Plan durch die genannten Organisationen und durch schweizerische Exportgewinne. Das Gesamtkapital belief sich auf 9 Millionen sfr. Da die Siedlung anfangs mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, wurden mehrmals Sanierungen vorgenommen. Die „Schweizer Europahilfe“ verzichtete auf die Rückzahlung der Kredite (40 Millionen Cruzeiros), und die Schweizer Regierung schloß 500 000 Franken zu. Sonderkredite kamen ferner vom Staate Paraná und der „Banco do Brasil“.

Als Siedlungsraum wurde Entre Rios bei Guarapuava gewählt, 330 km westlich von der Hauptstadt Paraná. Das Gebiet liegt 1100 m hoch und besteht aus Campland. Es hat gemäßigtes Klima mit Winterfrost bis zu -8 Grad. Der Regen verteilt sich auf das ganze Jahr (Regenmenge 1630 mm). Angebaut werden Weizen, Reis, Mais, Kartoffeln, Gemüse. Die Siedler wurden mit Holländervieh, Schweinen und Hühnern ausgestattet. Insgesamt umfaßt die Siedlung 20 000 ha. Jeder Siedler erhielt mindestens 20 ha Land, für jeden Sohn über 16 Jahre 5 ha zusätzlich.

Nichtlandwirte bekamen je einen Hektar zugeteilt. Die vorhandenen Holzhäuser enthielten 2—3 möblierte Wohnräume.

Die Siedlerfamilien wurden in Österreich sorgfältig ausgewählt, Familientrennung wurde vermieden. Es wurden fünf Dörfer gegründet, davon vier mit katholischer und eines mit evangelischer Bevölkerung. Trotz günstiger Startbedingungen war die Abwanderung zeitweilig beträchtlich, und zwar vor allem deshalb, weil sich sehr bald organisatorische und wirtschaftliche Schwierigkeiten einstellten. Nachteilig wirkten sich vor allem Anbauten außerhalb der Anbauzeiten, Verwendung von schlechtem Saatgut sowie das Fehlen jeglicher Ersatzteile für die neu eingekauften Maschinen aus. Außerdem war die Weizen-ernte von 1952/53 schlecht. Persönliche Differenzen zwischen dem Leiter der Siedlung mit den Neubauern wie auch mit der „Schweizer Europahilfe“ brachte die Kolonie an den Rand des Ruins. Die Bauern konnten ihre Felder nur noch auf primitivste Weise bestellen. Nach Ablösung des Leiters der Kolonie sanierte sich die Siedlung sehr rasch. Bereits 1955 konnten die Schulden von 50 Millionen Cruzeiros auf 32 Millionen gedrückt werden. Die Reisernte war im Gegensatz zu anderen Gebieten des Staates Paraná gut. Noch einmal erfolgte ein Rückschlag durch die schlechte Ernte von 1957. Das Jahr 1958 bedeutete dann den Beginn einer neuen Entwicklungsphase: um den Reisbau auszudehnen, pachteten die Einzelbauern und Gruppen zusätzlichen Campboden. Guarapuava soll ein brasilianisches Reisanbauzentrum werden.

Die Japaner in Brasilien

Unter den siedlungswilligen Immigranten Brasiliens nehmen die Japaner eine Sonderstellung ein. Sie sind die jüngste unter den großen Einwanderungsgruppen. Erst 1907, nachdem die italienische Regierung sich einer weiteren Rekrutierung italienischer Landarbeiter für die Plantagen widersetzt hatte, kam es zu Übereinkommen zwischen der brasilianischen und japanischen Regierung. Bis 1922 war die Zahl der Japaner in Brasilien auf 31 000 gestiegen. Die Masse der heute in Brasilien lebenden Japaner — ca. 160 000 — wanderte jedoch erst zwischen 1929 und 1939 ein. Diese Entwicklung wurde durch den zweiten Weltkrieg unterbrochen. Nach dem Kriege (bis Ende 1955) kamen weitere 13 000 Japaner ins Land. Man rechnet, daß heute in Brasilien 370 000 Japaner leben. Zusammen mit den sog. Nipobrasilianern, den Kindern der ersten und zweiten Generation, erreicht ihre Zahl ca. 750 000.

Die japanische Auswanderung nach Brasilien wurde von Anfang an durch den japanischen Staat streng dirigiert und kontrolliert und seit 1929, nach eingehender Vorbereitung und Auslese zu Hause, mit eigenen Schiffen durchgeführt. Fast alle Auswanderer waren Kleinstbauern und Landarbeiter. Sie mußten sich für zwei Jahre auf Farmen als Arbeiter, meist in Kaffeeplantagen, verpflichten und wurden dann, nach bestandener Probe, in Neuland (Urwald) oder in der Gartenbauwirtschaft, nahe den Großstädten, eingesetzt. Im und nach dem ersten Weltkrieg wurde das unerschlossene Hinterland von São Paulo entwickelt. Auf diesem „Marsch nach dem Westen“ hielten die tropenerfahrenen Japaner die Spitze. In dem neuen Gebiet bauten sie neben den Hauptprodukten Kaffee, auf leichterem Boden Baumwolle und Maulbeerbäume; sie entwickelten auch die Hühnerzucht. Dank

ihrer Tüchtigkeit konnten sie das Pachtland in Eigenbesitz überführen. Außer der Erschließung von Neulandgebieten gelang den Japanern als ersten die Wiederaufrichtung alter, aufgegebener Kaffeeböden. Sie begannen damit 1914 in Cotia bei São Paulo. Seitdem sind die Japaner führend in der Versorgung der Großstädte, besonders von São Paulo und Rio. „Erst sie machten das Gemüse zu einem Bestandteil der brasilianischen Ernährung. Der Großmarkt von São Paulo wird heute zwischen 70 (Eier, Zwiebeln) und 100 Prozent (Radieschen, Pfirsiche, Tomaten) von japanischen Produzenten beliefert.“ 1954 stellten sie innerhalb einer Region mit 100 000 ländlichen Familien oder 10% der ländlichen Bevölkerung 26% der Agrarproduktion (100% Tee, Pfirsiche, 95% Tomaten, 90% Rohseide, Ramie, Eier, 60% Kartoffeln). Ramie, Tee und der Maulbeerbaum wurden überhaupt erst von den Japanern in Brasilien eingeführt. Auch auf dem Gebiete der Insektenbekämpfung und Saatzucht wurde von ihnen Bedeutendes geleistet. Ohne die wirtschaftliche Aktivität der Japaner wird auch eine geregelte Versorgung der neuen Hauptstadt Brasilia nicht möglich sein, insbesondere da die Landflucht der einheimischen Bevölkerung rapide zunimmt.

Die Leistungen der Japaner für die brasilianische Entwicklung werden in der Broschüre mit folgenden Worten begründet: „Es ist durchaus kein Wunder, daß die Massensiedlungen der Japaner in Brasilien überall als von keiner Nation erreichte Musteranlagen gelten. Hier tritt zu den persönlichen guten Siedlungseigenschaften des Japaners noch das virtuos gebrauchte Zaubermittel einer geradezu mustergültigen Organisation hinzu. Sie läßt sich, soweit sie sichtbar in Erscheinung tritt, in wenigen Schlagzeilen zusammenfassen:

1. Keine Siedlung der Japaner wird ohne die gründlichste und gewissenhafteste Vorprüfung der Boden-, Klima- und örtlichen Wirtschaftsverhältnisse durch wirkliche Fachleute angelegt, die nicht nur die Gewohnheiten und Bedürfnisse ihrer Landsleute, die die Siedlung bewohnen sollen, genau kennen, sondern im voraus, gestützt auf eine mehrjährige Landeserfahrung in Brasilien, auch die Arten der Kulturen und ihre Aussichten zu beurteilen in der Lage sind.

2. Die Siedler sind nicht nur sorgfältig ausgesucht, sondern auch in Japan selbst vorgeschult und über das, was sie erwartet, unterrichtet. Die Siedler wissen über die anzulegenden Kulturen bereits vorher genau Bescheid. Man kann nicht sagen, daß die Neuankömmlinge die brasilianische Landessprache beherrschen, wohl aber daß sie sich gut verständlich machen können.

3. Das jedem einzelnen zur Verfügung stehende Kapital ist verschieden je nach dem Siedlungsort, stets jedoch von ausreichender Größe. Damit fällt von vornherein jeder wirtschaftliche Zwang und vor allem die Notwendigkeit, Schulden zu machen, für den japanischen Siedler weg.

4. Unter Leitung berufener landeskundlicher Fachleute werden sofort Kooperativen organisiert, die für alle die Mittel des einzelnen übersteigenden Anlagen, z. B. Baumwollgarn-Anlagen, Sorge tragen und die gesamte Warenbewegung der Siedlung unter fachmännischer und kaufmännischer Leitung in die Hand nehmen.

5. Jede Siedlung unterliegt der obligatorischen Beratung und Anleitung durch technische Sachverständige, so daß von vornherein auf die Standardisierung der erzeugten

Produkte als Vorbedingung ihrer guten Absatzmöglichkeiten hingearbeitet werden kann.“

Die hervorragende Bedeutung der Japaner für die Entwicklung der brasilianischen Wirtschaft wird noch aus einem anderen Zusammenhang deutlich: Die Japaner haben von allen größeren Immigrantengruppen die niedrigsten Quoten an Rückwanderern zu verzeichnen. Sie bilden das stabilste Element unter den Einwanderern. Nur 6,5 Prozent von ihnen kehrten (zwischen 1925 und 1929, dem einzigen Zeitraum, für den uns eine Statistik der Rückwanderung nach Nationen vorliegt) in ihre Heimat zurück. Bei den Polen betrug die Quote über 40, bei den Spaniern über 42, bei den Portugiesen über 45, bei den Italienern über 65 und bei den Deutschen über 75 Prozent.

Wenn auch heute die Bedeutung der Landerschließung und Siedlung durch Einheimische in Brasilien ständig zunimmt und rein zahlenmäßig der Anteil der großen Immigrantengruppen zurückgeht, so bedarf die „Entwicklung“ doch des unablässig arbeitenden Motors des Erfolges. Daß die japanischen Siedlungsaktionen fast immer erfolgreich verlaufen sind, bestreitet heute niemand mehr in Brasilien. So ist zu hoffen, daß die Hemmungen gegen die japanische Einwanderung immer geringer werden und die Furcht des weniger Tüchtigen vor der Leistung des Qualifizierten schwindet. Solange Brasilien außerordentliche Anstrengungen machen muß, um aus dem Zustand der permanenten Unterentwicklung herauszukommen, solange wird es auch Pioniere benötigen. Angesichts der Tatsache, daß die Zahl der Siedlungswilligen aus anderen Nationen ständig zurückgeht, besteht aller Grund, die Einwanderung von Japanern zu fördern. Sie bedeutet Hilfe sowohl für Brasilien wie für Japan.

Ökumenische Nachrichten

Die Gebetswoche für die Einheit der Christen nach „Faith and Order“

Alljährlich gibt das Referat „für Glaube und Kirchenverfassung“ (Faith and Order) des Weltrates der Kirchen eine Handreichung für die Weltgebetsoktav vom 18.—25. Januar heraus. Diese Entwürfe tun sich meist schwer, die Erfordernisse der Einheit beim rechten Namen zu nennen, um bei keiner der sehr verschieden in der Sache denkenden Mitgliedskirchen anzustoßen (vgl. u. a. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 167 für Januar 1954). Infolgedessen neigen die Texte oft zu dogmatischer Unbestimmtheit. Für Januar 1960 dagegen wurde eine Handreichung herausgegeben, die einer Berichterstattung wert ist. Sie ist am 1. Korintherbrief ausgerichtet, also streng biblisch, und deutet von hier aus die Gegebenheiten der Trennung innerhalb der Organisation des Weltrates, die endlich zu überschreiten von erfahrenen Pionieren immer dringender gefordert wird, ohne daß der Weg und das Ziel klar genannt würden. Jedenfalls geht aus neuen Verlautbarungen sowohl des Generalsekretärs des Weltrates, Dr. Visser 't Hooft, wie des Sekretärs des Internationalen Missionsrates, Bischof Lesslie Newbiggin, hervor, daß der Weltrat nicht wie bisher weitermachen könne, wenn er die „Phase der Komplikationen“ bestehen will. Er müsse sich vielmehr entschließen, der Leitung, also wohl dem Zentralausschuß, gewisse Befugnisse zur Weisung bestimmter Wege an die